

Ulrike C. Wasmuht

**Frieden schaffen -
mit oder ohne Waffen?**

Eine Auseinandersetzung mit (un)ver-
söhnlichen Argumenten in der links-
intellektuellen Diskussion und öffent-
lichen Meinung

Strausberg, Juni 1998

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkung	3
2	Zu den Anfängen der unversöhnlichen öffentlichen Debatte zwischen „Kriegshetzern“ und „Friedensdeppen“	5
3	Zur „Pazifismus-Bellizismus“- Diskussion innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung	13
4	Zum Thema „Frieden schaffen - mit oder ohne Waffen“ im Spiegel der öffentlichen Meinung	33
4.1	Einstellungen zum Pazifismus	34
4.2	Einstellungen zur Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes	37
5	Resümee	44
6	Literaturverzeichnis	46

1 Vorbemerkung

„Frieden schaffen - ohne Waffen!“ war der Slogan der Friedensbewegungen Anfang der 80er Jahre, der einen Minimalkonsens der unterschiedlichen Friedensinitiativen, gesellschaftlichen Gruppen oder Einzelpersonen symbolisieren sollte. Gemeint war, Frieden schaffen ohne *nukleare* Waffen. Vom Einsatz konventioneller Waffen war zumindest in der breiten Öffentlichkeit nicht die Rede. Doch durch die Forderung „ohne Waffen“ wurde nachhaltig der Eindruck vermittelt, als sei eine nuklear-pazifistische Haltung gleichzeitig die generelle Ablehnung jeglicher Waffengewalt, gleichgültig unter welchen Bedingungen.¹ So der Tenor Anfang der 80er Jahre. Deren zweite Hälfte allerdings war durch die Annäherung zwischen Ost und West geprägt. Diskussionen über Krieg und Frieden gerieten in den Hintergrund. Thema der deutschen und europäischen Politik wurde ab 1990 die deutsche Vereinigung. Vereinzelt warner jedoch benannten drohende, sich seinerzeit ihrer Meinung nach bereits abzeichnende Nord-Süd-Konflikte. Diese würden, wenn erst einmal der „Ordnungsfaktor“ Ost-West-Konfrontation wegfiel, aufbrechen und in verheerende Kriege münden, da sich im Verhältnis der „Ersten“ zur „Dritten“ Welt im Zuge der Europäisierung Europas keine friedlicheren Bedingungen abzeichneten - im Gegenteil.

Für viele Intellektuelle oder andere Personen des öffentlichen Lebens schien die Zeit gekommen, sich den „Luxus leisten zu können“, über den positiven Frieden - die soziale Gerechtigkeit - nachzudenken, da der negative Frieden des Kalten Krieges überwunden sei.² Und als sich eine Krise anbahnte, die letztlich im Zweiten Golf-Krieg mündete, nahm sie niemand wahr. Weder die Politiker noch die Medien und auch nicht die Akteure der Friedens-Protestbewegungen, kurzum die gesamte Öffentlichkeit

¹ Die Diskussion über das Pro und Contra Partisanengewalt bzw. Diktatorenmord prägte eher die Kontroversen während der 60er und 70er, nicht jedoch die „Nachrüstungs-Debatte“ der 80er Jahre.

² So schrieb beispielsweise die Publizistin Mechtild Jansen 1991: „Wenn sich Identität zur Zeit der 'Nachrüstungs'-Debatte über gemeinsame Aktionen ... bildete, über eine Anti-Haltung zu bestimmten Aufrüstungsmaßnahmen und später der Abschreckungspolitik als solcher, geht es heute zusätzlich auch um eine Identität über ein bestimmtes programmatisches Wollen und eine dauerhafte Arbeit für ein positiv definiertes Ziel und sei es noch so grundsätzlich und allgemein wie das des 'positiven Friedens'." (Jansen 1991: 286) Solche Forderungen schienen berechtigt, manifeste Krisen schienen nicht gegeben zu sein. Dazu auch seinerzeit der Politikwissenschaftler und Friedensforscher Lothar Brock: „Ziemlich unvermittelt, wie auf ein geheimes Zeichen hin, bekundeten die Parteien in fast allen größeren Regionalkonflikten der Dritten Welt plötzlich ihre Bereitschaft, die Kampfhandlungen einzustellen und eine friedliche Lösung ihrer Streitfragen anzustreben. Der Krieg zwischen Iran und Irak wurde beendet, ebenso der Krieg um Namibia, die Sowjets zogen sich aus Afghanistan zurück und die Kubaner aus Angola. Der Westsahara-Konflikt, die Zypern-Frage, die Zukunft Kampuchéas - alles schien plötzlich verhandelbar.“ (Brock 1991)

machten auf sie aufmerksam. Erst als sich diese Krise - Saddam Hussein gegen die Allianz - zuspitzte, als Resolutionen der UNO und Embargo keine Konfliktdeskalation brachten, sondern nur die weitere Polarisierung absehbar war, wurde diese objektiv gegebene Krisensituation langsam auch subjektiv innerhalb einiger Teile der Bevölkerung wahrgenommen und benannt. Mit der Eskalation der Konfliktsituation am Golf spitzte sich auch die Polarisierung der öffentlichen Diskussion zum Thema „Frieden schaffen - mit oder ohne Waffen?“ zu. Dabei muß jedoch betont werden, daß diese Kontroverse ein *Novum* war, denn es war nicht primär die Auseinandersetzung zwischen Vertretern einer konservativen Regierungspolitik einerseits und Akteuren der außerparlamentarischen Opposition andererseits oder die zwischen struktur-konservativen Verfechtern einer militär-gestützten Friedenssicherung auf der einen Seite und aktiven Pazifisten auf der anderen Seite. Nein, die erbitterte Kontroverse fand zwischen Linksintellektuellen³, Vertretern des eher als links einzuordnenden Spektrums der Parteien bzw. unter Akteuren sozialer Bewegungen, insbesondere der Friedensbewegungen statt. Eine lange, offene Diskussion begann, die in ihrer Unversöhnlichkeit weiterhin internationale militärische Einsätze, aber auch insbesondere Einsätze der Bundeswehr, die auch Kampfhandlungen einschließen können, begleiten wird.

In den folgenden Ausführungen werde ich mich mit einigen Bereichen dieser komplexen Auseinandersetzungen befassen, die Argumentationslinien nachzeichnen und anschließend bewerten. Zu fragen ist vor allem: Was ist geschehen? Warum hat sich die Meinung in den genannten Kreisen verändert? Wie hat sich die Diskussionsgrundlage gewandelt? Um Antworten näherzukommen, werden folgende Themen diskutiert:

- Wann und warum begann die unversöhnliche öffentliche Debatte unter Linksintellektuellen zum Thema „Frieden schaffen - mit oder ohne Waffen?“
- In welcher Weise wurde die „Pazifismus-Bellizismus“-Debatte in der bundesdeutschen Friedens- und Konfliktforschung aufgenommen?
- Wie sieht die Diskussion im Spiegel der öffentlichen Meinung heute aus?

³ Mir ist die Problematik bewußt, heute noch unhinterfragt, von „Linken“ und „Rechten“ zu sprechen. In der Tat, diese Bezeichnungen verkürzen komplexe Zusammenhänge, was die Einordnung politischen Handelns nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes als auch die Verortung von Personen mit unterschiedlichen Meinungen anbetrifft. An dieser Stelle kann auf die Problematik der vereinfachenden Zuordnungen allerdings nicht weiter eingegangen werden, deshalb sei hier nur auf Giddens (1997) verwiesen.

2 Zu den Anfängen der unversöhnlichen öffentlichen Debatte zwischen „Kriegshetzern“ und „Friedensdeppen“

Die öffentliche Diskussion über die Friedensschaffung bzw. -erhaltung mit militärischen Mitteln bzw. ohne jede Waffengewalt begann mit den ersten Großdemonstrationen gegen eine mögliche militärische Intervention der Allianz in der Golfregion als Antwort auf Saddam Husseins Einmarsch in Kuwait am 2. August 1990 und dessen darauffolgende unnachgiebige Politik. Am 20. Oktober 1990, nach der neunten UN-Resolution, die weitere Maßnahmen im Rahmen des Wirtschaftsembargos vorsah, als Saddam Hussein Diplomaten als Geiseln nahm und sich multinationale Streitkräfte in Saudi-Arabien formierten, gab es erste Großdemonstrationen gegen einen sich seinerzeit abzeichnenden Krieg am Golf. Zuerst wurde in den USA unter dem Motto „No Blood for Oil!“, später in Deutschland unter „Stoppt den Krieg am Golf - kein Blut für Öl!“

demonstriert. Mit der Zuspitzung der Konfliktlage am Golf nahm die Zahl der Demonstrationen gegen ein militärisches Vorgehen der Allianz zu. Auch die Anzahl der aktiven Teilnehmer an diesen Protestveranstaltungen stieg an.

Zu betonen ist, daß der Slogan „No Blood for Oil!“ in den USA geprägt und in wörtlicher Übersetzung sowohl in anderen europäischen Ländern als auch in Deutschland übernommen wurde. Doch hier wurde diese Forderung anders aufgenommen. Die Kritik von seiten des Auslands als auch der deutschen Politiker an der Forderung verband damit einen dumpfen Anti-Amerikanismus und letztlich eine anti-israelische Haltung. Es gab starke Antikriegsproteste weltweit, aber die mit den meisten Demonstranten fanden in Deutschland statt. Circa 250 000 Menschen demonstrierten am 12. Januar 1991 in 120 Städten, insbesondere in Bonn und Berlin, gegen einen bevorstehenden Krieg, da dieser mit Ablauf des Ultimatums der UNO vom 15. Januar immer wahrscheinlicher wurde. Diese, wiederum nach dem Leitmotiv „Kein Blut für Öl!“ organisierten Großdemonstrationen, waren die größten seit 1983, der Zeit des Beschlusses, nukleare Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren.

Mit diesen Demonstrationen begann eine harte, generalisierende und vor allem polarisierende innenpolitische Debatte mit außenpolitischer Dimension. Die Medien, Politiker

und andere einflußreiche Personen des öffentlichen Lebens kritisierten die Friedensbewegungen als einseitig, als anti-amerikanisch, als naiv und egoistisch und vor allem als indifferent gegenüber der realen Bedrohung Israels durch den Irak. Der Vorwurf des Anti-Amerikanismus kam, wie schon gegenüber den Friedensbewegungen der 50er, 60er und 80er Jahre, von seiten der Politik. So sagte z. B. der ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz: „Also in Deutschland wird immer dann demonstriert, wenn es gegen die Amerikaner geht. Das war im Fall des Vietnamkrieges so, das war in der Nachrüstungsdebatte, und jetzt, nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak, sind angeblich wieder die Amerikaner an allem schuld.“⁴

Gegenseitige Ausgrenzungen und Versimplifizierungen in einem polarisierten Verhältnis zwischen Regierungspolitik und außerparlamentarischer Opposition sind nichts Ungewöhnliches. Neu an dieser Debatte ist jedoch die Kritik aus den Reihen linker Oppositioneller. So schreibt der in der Friedensbewegung der 80er Jahre aktive Wolf Biermann an DIE ZEIT: „Lieber pazifistisch gesinnter Leser, liebe friedensbewegte Leserin, damit wir einander von Anfang an richtig mißverstehen: Ich bin für diesen Krieg am Golf ... Ich hoffe, daß dieser Krieg das westöstlich zusammengekaufte Waffenarsenal zur Vernichtung Israels ganz und gar zerstört.“ Und er schließt: „Und ich höre schon den lapidaren Kommentar von einigen besonders fortschrittlichen deutschen Friedensfreunden: selber schuld. Na dann! Bindet euer Palästinensertuch fester, wir sind geschiedene Leute.“ (Biermann 1991: 59 - 61)

In der zweiten Januarhälfte 1991 begann eine Debatte, die als „Die-Deutschen-als-Drückeberger-Diskussion“ bezeichnet werden könnte. Von seiten der im Golfkrieg alliierten Staaten war zu hören, daß Deutschland sich auf seine weltpolitische Verantwortung besinnen müßte, die letztlich auch militärische Präsenz bedeute. Von seiten Israels wurden massive Anklagen formuliert, daß Deutschland sich seiner besonderen Verantwortung gegenüber Israel nicht entziehen könne und noch extremer, Israelis gingen aufgrund der massiven Bedrohungen durch Giftgasangriffe (ermöglicht u. a. auch durch deutsches Know-How und Grundmaterial) durch den Irak mit der Losung „1941 -

⁴ Kein Unrecht - aber Unheil. Gottfried Forck und Rupert Scholz über die Kritik der Friedensbewegung am Golfkrieg. In: Der Spiegel, vol. 45(7), 11. Februar 1991: 39 - 48, hier: 42.

Zyklon B. 1991 - Nerven- und Senfgas“ auf die Straße. Der Vorwurf der „Drückebergerei“ richtete sich aber auch gegen die Friedensbewegungen, die diesen Krieg unter allen Umständen ablehnten, teils die Unterstützung Israels mit der Raketenabwehrwaffe „Patriot“ kritisierten - teils aber auch im Zuge einer Schadensbegrenzung befürworteten und eine Nahostkonferenz unter Beteiligung aller Betroffenen, auch der Palästinenser und Kurden, forderten. Damit bekam der „Drückeberger-Vorwurf“ auch eine innenpolitische Dimension: „Drückebergerei“ wurde der Friedensbewegung sowohl von konservativen Politikern als auch von namhaften Vertretern der intellektuellen Linken vorgeworfen.⁵ Sie wurde vor allem denjenigen nachgesagt, die eine militärische Beteiligung der Bundeswehr an jener der Allianz gänzlich ablehnten. Eine solche Beteiligung außerhalb des NATO-Gebietes war seinerzeit politisch und rechtlich noch nicht möglich, doch die Diskussion umfaßte bereits folgende Pole: die Befürwortung einer militärischen Beteiligung nach sorgfältiger Prüfung der Umstände und im Rahmen eines internationalen Mandates versus die Forderung nach einer absoluten militärischen Zurückhaltung.⁶

Noch während man in Deutschland über eine angemessene Konfliktintervention in der Golfregion diskutierte, eskalierte eine andere Krise zum Krieg: der jugoslawische Bürgerkrieg begann. Doch er brachte trotz detaillierter Berichterstattungen über grausame Kriegshandlungen und Menschenrechtsverletzungen keine Massenproteste, deren Akteure eine Beendigung dieses Krieges und Gewaltfreiheit in Jugoslawien gefordert hätten. Das war allerdings nicht auf ein Desinteresse und mangelndes Engagement zurückzuführen, sondern vielmehr erübrigte sich eine Demonstration gegen den Bürgerkrieg auf dem Balkan in der Bundesrepublik, da sowohl die eigene Regierung als auch die EU ohnehin mit nicht-militärischen Mitteln seinerzeit versucht hatten, den Konflikt zu schlichten (siehe dazu: Buro 1992: 26). Doch mit der Länge dieses Krieges, über dessen Grausamkeiten, die nachweislich im Zuge der Zeit quantitativ und qualitativ

⁵ Als man weitere Großdemonstrationen für den 26. Januar 1991 vorbereitete, wurden einige Slogans revidiert und die Solidarität mit Israel ausdrücklich betont. So demonstrierte man unter dem Motto „Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu. Stoppt den Krieg am Golf“ und die Sprecher auf den Kundgebungen betonten „Die Friedensbewegung ist solidarisch mit allen Opfern“ (Franz Alt), „Weder anti-amerikanisch, noch anti-israelisch, gegen den Krieg am Golf!“ (Andreas Buro) oder „Schluß mit den Massenmorden“ (Klaus Vack).

zunahmen, peinlich genau in den Medien berichtet wurde, kam erneut die Diskussion über die Frage „Frieden schaffen - mit oder ohne Waffen?“ an die Öffentlichkeit. Nur stellte sich die Frage nunmehr unter anderen Voraussetzungen, mit anderen Akteuren und vor allem ging es um einen Krieg und dessen Beendigung in Europa. Prominentester und einer der ersten Vertreter der linken Intellektuellen und Politiker, der sich für militärische Einsätze in Jugoslawien aussprach, war Joschka Fischer. Um seine Argumente entfachte sich eine erbitterte Kontroverse, die bis heute nicht abgeschlossen ist und als Exempel der unversöhnlichen „Pazifismus-Bellizismus“-Debatte⁷ in der Bundesrepublik gelten kann. Deshalb beschränke ich mich an dieser Stelle weitgehend auf deren Diskussion:

Am 30. Juli 1995 veröffentlichte Joschka Fischer, seinerzeit Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, ein Grundsatzpapier, in dem er sich für die *militärische Sicherung* der UN-Schutzzonen in Bosnien ausgesprochen hatte.⁸ In diesem Papier fordert Fischer seine Partei auf, ihr bis dato vertretenes Prinzip der Gewaltfreiheit zu prüfen, da die Lage in Bosnien mit bisherigen Konfliktlösungsstrategien nicht zu verändern sei: „Eine Opfer und Gewalt vermeidende politische Alternative in der gegenwärtigen Lage in Bosnien ist nicht in Sicht und diese bittere Tatsache muß gerade eine gewaltfreie Partei herausfordern.“ (Fischer 1995: 10) Fischer fragt mit Nachdruck: „Können Pazifisten, kann gerade eine Position der Gewaltfreiheit den Sieg der brutalen, nackten Gewalt in Bosnien einfach hinnehmen?“ (Fischer 1995: 10) Und er antwortet

⁶ Zum Teil wurden sogar humanitäre Interventionen zugunsten einer ausschließlich finanziellen Hilfe abgelehnt.

⁷ Mir ist die Problematik einer solchen verkürzenden Bezeichnung für eine differenzierte Debatte bewußt. Es gibt in der Friedensforschung zwar Fundamentalpazifisten, die jegliche Gewaltanwendung ablehnen, aber es gibt keine „Bellizisten“. Diese sind in der Regel „Kriegstreiber“ oder solche, die ungeachtet der politischen und sozialen Verhältnisse die Anwendung militärischer Gewalt als einziges Mittel der Konfliktregelung ansehen. Doch wird dieses Begriffspaar in der öffentlichen Debatte benutzt, um die Kontroverse zu benennen, weshalb auch ich diese Bezeichnung übernehme.

⁸ Es muß an dieser Stelle betont werden, daß dieses Papier nicht der Anfang der unversöhnlichen „Pazifismus-Bellizismus“-Debatte war. Es hat diese Diskussion jedoch pointiert und ihr von politischer Seite Gewicht verliehen. Wichtig zu erwähnen ist auch der „Aufstand der Frauen“ gegen die Politik der Gewaltlosigkeit der Grünen, die ihrer Meinung nach die Massenvergewaltigungen und die grausamen Menschenrechtsverletzungen auf dem Balkan nicht beenden könnte. So insbesondere die Grünen Eva Quistorp und Claudia Roth, siehe dazu: Gefühl der Wut. Bei den Grünen melden sich kriegsrische Frauen zu Wort: Sie wollen das Gemetzel in Bosnien gewaltsam beenden. In: Der Spiegel, 22. Februar 1993: 49 - 54.

mit einem entschiedenen Nein, denn „wer jetzt in Sarajewo, Gorazde und Bihac nicht die rote Linie des 'Bis hierher und nicht weiter' ziehe, der werde nach weiteren unsäglichen Opfern diese dann irgendwann doch in nicht allzuferner Zukunft ziehen müssen, weil dieser Faschismus mit seiner Gewaltpolitik nicht aufhören werde. ... Leben und Freiheit stehen gegen den Grundsatz der Gewaltfreiheit. Und es ist zu befürchten, daß uns mit dem Ende des Kalten Krieges dieser Konflikt nicht zum letzten Mal massiv bedrängen wird.“ (Fischer 1995: 10) Die Gewaltfreiheit der Friedensbewegungen der 80er Jahre gegen die Logik der nuklearen Abschreckung und gegen den atomaren Rüstungswettlauf befürwortet Fischer, doch sie könne keine Antwort mehr auf die Friedensgefährdungen durch die „Schrecken des ethnischen Krieges“ sein. Vielmehr werden wir „gegenwärtig mit einer Gewaltentwicklung in Bosnien konfrontiert, die unsere bisherigen Lösungsansätze massiv in Frage stellt. Genau dazu müssen wir uns jetzt als gewaltfreie Partei in unserer ganzen Breite politisch verhalten.“ (Fischer 1995: 10). Mit diesem „Verhalten“ meint er die Prüfung der Umstände und gegebenenfalls auch die Befürwortung militärischer Einsätze.

Diese Thesen und Forderungen Joschka Fischers zogen eine lange Debatte unter seinen Parteigenossen als auch unter Linksintellektuellen nach sich. Hubert Kleinert, langjähriger Mitstreiter Fischers in der Partei, teilt in den Grundsätzen dessen Ansichten, denn Jugoslawien lehrt, „daß man mit den Argumenten aus dem Arsenal des Nuklearpazifismus der frühen achtziger Jahre gegenüber ethnonationalistischem Terror in einer zerfallenden und sich neu gruppierenden staatlichen Ordnung nicht weit kommt“. (Kleinert 1995: 14) Weiter stellt er fest, daß „einmal mehr ... viele Linke besonders lange zu brauchen (scheinen), bis sie die Veränderungen auf der Welt halbwegs verarbeitet haben. ... Die Welt hat sich sehr verändert. Wir können einfach nicht davon ausgehen, daß wir nur unsere alten Begriffe auf diese neue Welt anwenden müssen, um richtige politische Antworten zu finden.“ (Kleinert 1995: 14) Dazu gehören auch für Kleinert militärische Einsätze.

Ludger Volmer, ebenfalls Bündnis 90/Die Grünen, antwortet darauf mit einer Güterabwägung. Einerseits lehnt er die „militärische Lösung“ ab, andererseits sieht er die Grenzen gewaltfreien Handelns in Bosnien. Fischer wirft er die undifferenzierte Befürwortung militärischer Einsätze vor: „Eskalationsgefahren werden nicht abgeschätzt, der

gesamte Militärapparat praktisch legitimiert. Joschka Fischer muß eingestehen, daß die unbestimmte Forderung nach Militärschlägen eine Grenzziehung zur Politik von Volker Rühle schwierig macht.“ (Volmer 1995: 7) Für ihn besteht die Kunst darin, „die neue Barbarei zu bekämpfen, ohne den Militarismus, eine ihrer Hauptursachen, selber zu pflegen“. (Volmer 1995: 7)

Mit schärferen Worten wurde Fischer von anderer Seite angegriffen, so z. B. von dem Politikwissenschaftler Mohssen Massarat, der die Frage stellt, ob es Fischer um die Menschen in Bosnien oder um die Zukunft der Grünen in der Bundesrepublik ginge. (Massarat 1995: 11) Er knüpft damit an die Vorwürfe an, die Fischer unterstellten, sich mit seinem Positionspapier auf das Amt des Außenministers vorbereiten zu wollen. Zu Recht stellt Massarat fest, daß sich das Denken in Europa durch den Bosnienkonflikt nachhaltig verändert hat. Er schreibt weiter: „Alle neuen Denkansätze für ein Europa, für eine Welt mit weniger Waffen und weniger Militärs, die nach dem Zusammenbruch des Ost-West-Konflikts die Chance erhielten, in die Realpolitik Eingang zu finden, wurden zurückgedrängt.“ (Massarat 1995: 11) Er bedauert, daß durch das menschliche Leid in Bosnien bei den Grünen der Boden dafür bereitet wurde, „der Partei Schritt für Schritt den letzten Rest pazifistischer Denk- und Politikansätze auszutreiben und sie den herkömmlichen Politik- und Außenpolitikstrukturen anzupassen. Mit seinem Positionspapier reißt Joschka Fischer Dämme ein, die bis dato dem Drang einer bellizistischen Parteiströmung standhielten, die sich personell fast identisch bereits während des Golf-Krieges zu Wort meldete.“ (Massarat 1995: 11) Wissenschaftlich weniger differenziert, dafür aber politisch pointierter fragen der Frankfurter Sozialdemokrat Heiner Halberstadt Fischer und dessen Mitstreiter: „Wer soll eigentlich dieses als Lösung empfohlene 'Kriegshandwerk' ausüben? Gehen Karsten Voigt, Norbert Gansel, Ruppert von Plottnitz oder Daniel Cohn-Bendit demnächst gemeinsam als Kompanieführer oder Obergefreite in die Balkanschluchten, 'schalten' gegnerische Stellungen 'aus' (welche?) und sammeln die Waffen ein? (von wem?) Und weiter. An wessen Seite wollen unsere bellizistischen Linken kämpfen? ... Also, wie denkst Du Dir das denn nun, lieber Joschka Fischer?“ (Halberstadt 1995) Am Schluß seiner Ausführungen fragt Halberstadt provokant: „Warum macht ihr euch zu Kombattanten einer Politik, deren verhängnisvolle Logik von euch noch vor kurzem sehr entschieden und klarsichtig bekämpft wurde?“

Fazit: Diese Beispiele mögen genügen, um die Unversöhnlichkeit der Argumente der „Pazifismus-Bellizismus“-Debatte aufzuzeigen, die sowohl innerhalb der Grünen als auch unter Linksintellektuellen geführt wurde. Wohlgemerkt, im Jahre 1995, als Fischer sein Grundsatzpapier vorlegte, ging es nicht um die Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Interventionen, die auch Kampfeinsätze einschließen könnten. Das konkretisierte sich erst durch den Beschluß des Bundestages vom 13. Dezember 1996 heraus. Es ging seinerzeit vielmehr um die Grundsatzfrage, ob militärische Einsätze generell zu befürworten seien, um den Konflikt in Bosnien zu regeln. Militärische Interventionen ja oder Gewaltfreiheit um jeden Preis - das waren die Pole der Debatten. Massarat stellte seinerzeit zu Recht fest, daß während des Zweiten Golfkrieges als auch später im Falle des Bosnienkrieges gleiche Argumente zu finden waren. Es meldeten sich auch zum Teil die gleichen Akteure zu Wort, welche die „Pazifismus-Bellizismus“-Debatte weiterführten.

An dieser Diskussion fällt die Absolutheit der Behauptungen auf, die kein Sowohl-Als-auch zulassen. Der Befürworter auch der militärischen Gewalt, die für ihn u. U. notwendig werden kann, wird zum Verräter „linker Ideale“ und des Prinzips der Gewaltfreiheit. Der Verfechter absolut gewaltfreier Politik wird zum realitätsfremden Weltverbesserer. Die alten Pole einer an Normen orientierten Gesinnungsethik einerseits und einer am Erfolg orientierten Verantwortungsethik andererseits, die Max Weber (Weber [1919] 1982) seinerzeit lokalisiert hatte, tauchen in Neuauflage wieder auf. Bereits 1972 hatte sich Theodor Ebert mit dieser Kontroverse in bezug auf friedenspolitische Fragen beschäftigt: Er betrachtet den Gesinnungsethiker als einen Menschen, „der in der Gebundenheit an absolute Normen handelt, ohne Rücksicht auf die konkreten Folgen seines Tuns. Der Verantwortungsethiker wäre dagegen ein Mensch, der sich für den politischen Erfolg seines Tuns verantwortlich weiß und der, wo es vom wertvollen Zweck gerechtfertigt erscheint, auch sittlich gefährliche Mittel einsetzt.“ (Ebert 1972: 161) So können auch die Diskussionen zwischen pazifistischen Friedensforschern und Friedensbewegten einerseits und nicht-pazifistischen Friedensforschern andererseits verstanden werden, wenn erstere letzteren vorwerfen, ihre Ziele als Friedensforscher verraten zu haben, die ihrer Meinung nach normativ gesetzt und damit mit der absoluten Ablehnung jeglicher Gewalt verbunden sein sollten. (Wasmuht 1993: 132)

Es steht zu erwarten, daß sich diese Diskussionen „normalisieren“ werden, weil mit dem erweiterten Aufgabenspektrum der Bundeswehr sich immer wieder die Frage stellen wird, ob deren Einsatz gerechtfertigt ist oder nicht. Allerdings löst man ein ethisch-politisches Problem nicht durch ein Schwarz-Weiß-Argumentieren, schon gar nicht werden dadurch politische Lösungen angeboten, die für Krisensituationen relevant sein könnten. Es ist bedauerlich, daß derlei ethische Grundsatzdebatten nur vor dem Hintergrund aktueller Krisensituationen geführt werden, die anscheinend auch durch die grausamen Bilder der entsprechenden Medienberichterstattung angeregt sind. Was ist mit der Fortführung der Debatten ohne konkreten Anlaß jedoch für die Zukunft, wenn eben Zeit bleibt, um vernünftige Handlungsmuster für den Ernstfall durchzudenken und zu konzipieren? Vor diesem Hintergrund mutet es schon zynisch an, wenn sich die links-intellektuelle Avantgarde nur *konflikt-saisonal* mit der Gewaltfrage befaßt, und wenn dies erst vor allem angesichts eines Krieges in Europa⁹, der also quasi vor der Haustüre geführt wird, geschieht. Insofern sollte die Feststellung eines italienischen Beobachters, der die deutsche Fischer-Kontroverse kritisch würdigt, zum Nachdenken anregen:

„Der Bosnienkrieg ist weder grausamer, sinnloser, opferreicher noch abgründiger als etwa die Kriege in Angola oder Afghanistan. Und doch: Erst dieser Krieg zwischen Bewohnern Europas ist es, bei dem Fischer das Stiefelgetrampel der SS-Horden in den Ohren klingelt. Eine zerschundene Nicaraguanerin, ein gefolterter Salvadorianer, eine verstümmelte Ruanderin, ein ermordeter Kurde, eine vergewaltigte Kambodschanerin, ein toter Sudanese - all diese Menschen haben offensichtlich die 'gewaltfreien Grundüberzeugungen' Fischers unberührt gelassen. Die Schicksale dieser Bürgerkriegsopfer haben augenscheinlich den grünen Linken nicht in Gefahr gebracht, seine 'moralische Seele zu verlieren'.“ (Zotta 1995: 8)

⁹ Während des Zweiten Golfkrieges fing diese Debatte erst in dem Moment an, als Israel bedroht wurde und als es um die Verantwortung für die Sicherheit Israels ging.

3 Zur „Pazifismus-Bellizismus“ - Diskussion innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung

Die „Pazifismus-Bellizismus“ - Diskussion hat ihre Parallele in wissenschaftlichen Diskursen. Darunter interessieren besonders die Argumente derer, die sich hauptberuflich wissenschaftlich mit dem Thema Krieg und Frieden befassen, nämlich die der Friedens- und Konfliktforscher und Friedens- und Konfliktforscherinnen.

Inzwischen gibt es einen dritten Richtungsstreit in der Friedensforschung, den ich mit „Frieden schaffen, mit Waffen?“ bezeichne.¹⁰ Der erste Richtungsstreit war zu Beginn der institutionalisierten Friedensforschung, nämlich als es um die Trennung zwischen „kritisch“ und „traditionell“ ging, der zweite Richtungsstreit behandelte die „Entgrenzung des Gewaltbegriffs“. Was ist Gewalt, wann beginnt sie und wann hört sie auf? Basierte die Forderung „Frieden schaffen ohne Waffen!“ in der ersten Hälfte der 80er Jahre noch auf einem Grundkonsens in der Friedensbewegung und in der Friedensforschung, soweit damit „ohne nukleare Waffen“ gemeint war, so kann dies in den 90er Jahren angesichts des Bedeutungsverfalls der nuklearen Abschreckung nicht mehr behauptet werden. Der Ost-West-Konflikt ist in seiner ursprünglichen Form aufgelöst und die nukleare Konfrontation nicht mehr unmittelbare Kriegsgefahr. Ethnische Konflikte, die unter dem „Dach“ der Ost-West-Konfrontation latent geblieben waren, wurden und werden manifest und mit allen den Konfliktparteien verfügbaren Mitteln und Formen an Grausamkeiten ausgetragen. Neue Konfliktlagen und damit zusammenhängende Neukonstruktionen ethnischer Identitäten zur Rechtfertigung von Machtkämpfen durch fanatische Nationalismen verschärft, führen zu kriegerischen Konfliktaustragungsformen, die völlig neue Überlegungen zur Frage „Frieden schaffen mit oder ohne Waffen?“ erfordern.

¹⁰ Siehe zu diesen Ausführungen meine Habilitationsschrift (Wasmuht 1998). Im Rahmen der biographischen Quellenarbeit wurden Intensivinterviews geführt. Die angegebenen Interviewquellen beziehen sich auf die entsprechenden Transkripte. Diese wurden von den InterviewpartnerInnen autorisiert sowie zur Auswertung und Veröffentlichung freigegeben. Die hier gebotene Kürze eines Arbeitspapiers kann nur schlaglichtartig Ausschnitte von ausführlichen Äußerungen aufnehmen. Diese Ausschnitte können keineswegs als Gesamtposition oder -sichtweise der in den Interviews erfragten Problematik gelten. Sie dürfen auch nicht als Absicht der Bloßstellung einzelner zitierter Personen mißverstanden werden, die hier nur exemplarisch für viele andere herausgegriffen werden.

Insbesondere vor dem Hintergrund der sich auflösenden Ost-West-Konfrontation entwickelte sich die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik über die Funktion und Aufgabe der Bundeswehr in den späten 80er Jahren. Inwiefern sollte die Bundesrepublik bei Militäreinsätzen der Vereinten Nationen in Krisengebieten einen Beitrag leisten?¹¹ Die sogenannte Out of Area-Debatte begann 1987¹², sie drehte sich seinerzeit nur und nur um „humanitäre Interventionen“, um „Blauhelm-Einsätze“, nicht jedoch um militärische Kampfeinsätze. Erst 1989 griff die Friedensforschung diese Diskussion öffentlich auf, indem sie deren Argumentationslinien nachgezeichnet und ausdrücklich dazu Stellung bezogen hatte: In dem von den drei Friedensforschungsinstituten - Heidelberger Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main (HSFK), Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) - herausgegebenen Friedensgutachten von 1989 wird z. B. in einem von Lothar Brock (HSFK) gezeichneten Abschnitt über „die wachsende Bedeutung der Vereinten Nationen“ in den „Empfehlungen“ verdeutlicht, daß „durch Aufnahme in die Vereinten Nationen ... die Bundesrepublik wie jedes andere Mitglied auch dem VN-System der kollektiven Sicherheit nach Kapitel VII der UN-Charta beigetreten (ist). Sie hat damit auch die Pflichten ... übernommen. ... Anders als ein Militäreinsatz im Rahmen der Bündnispolitik, der nicht unmittelbar der Abwehr eines militärischen Angriffs auf die Bundesrepublik zugeordnet wäre, ist eine Beteiligung der Bundesrepublik am *peace keeping* der VN mit der vom Grundgesetz vorgeschriebenen restriktiven Interpretation der Einsatzgründe grundsätzlich vereinbar.“ (Friedensgutachten 1989: 56 - 57, Hervorhebung, Friedensgutachten; Nikutta 1992: 56 - 57) Daraus folgt für Brock, daß solchen Einsätzen nach einer entsprechenden Prüfung nichts im Wege stünde. Insgesamt betrachtet, wird mit diesen Argumenten eine Position eingenommen, die seinerzeit weit über die offizielle Regierungsposition sowie über die Haltung von SPD und FDP

¹¹ Siehe dazu: Nikutta 1992: 297 - 300. Hier wird die gesamte „Out of Area“-Diskussion nachgezeichnet, weshalb auf diese Arbeit im folgenden Bezug genommen wird. Siehe auch eine Veröffentlichung aus der Friedensbewegung, in der eine enge Zusammenarbeit zwischen Bewegung und Wissenschaft deutlich wird: „Out of Area“: Weltweiter Einsatz der Bundeswehr? Themenheft des Arbeitskreises Atomwaffenfreies Europa, Heft 2/1992.

¹² Die Grundsatzfrage, ob die Bundeswehr auch außerhalb des NATO-Gebietes operieren sollte, ist alt. Sie reicht bis zu den Anfängen der NATO zurück, aber sie wurde nur in kleinen Politiker- und Fachkreisen besprochen. Die Diskussion allerdings über „Out of Area“-Einsätze innerhalb der VN begann 1987 im Rahmen einer breiten, öffentlichen Debatte.

hinausging: „Während die Bundesregierung nach außen noch eine ablehnende Position aufrechterhielt, die weiterhin mit verfassungsrechtlichen Restriktionen begründet wurde, und auch die FDP und die SPD einen Einsatz der Bundeswehr im UN-Kontext nur mit einer vorherigen Grundgesetzänderung für zulässig hielten, stellte dieses Spektrum der Friedensforschung fest, daß ein derartiger ‘out-of-area’-Einsatz mit dem geltenden Grundgesetz vereinbar sei und sich die Bundesrepublik ... externen Aufforderungen zu einer Teilnahme an ‘peace-keeping’-Operationen im UN-Rahmen ... prinzipiell nicht mehr verweigern könne.“ (Nikutta 1992: 298) Diese Haltung veranlaßte Randolph Nikutta zu der Schlußfolgerung, daß „mit dieser Position ... sich die drei Friedensforschungsinstitute in hohem Maße Ansichten an(näherten, UCW), die in der CDU/CSU vertreten wurden“. (Nikutta 1992: 298) Es muß hinzugefügt werden, daß es zu dieser Zeit in der SPD bereits eine interne Arbeitsgruppe „Bundeswehreinsätze im Rahmen der VN-Friedenssicherung“ im außen- und sicherheitspolitischen Arbeitskreis der Partei gab. An der Diskussion innerhalb dieser Arbeitsgruppe hatte sich seinerzeit auch Egon Bahr, Mitherausgeber des Friedensgutachtens 1989, intensiv beteiligt, die sich 1988 schon für eine Grundgesetzänderung und damit für eine Zäsur in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland aussprach. (siehe dazu: Nikutta 1992: 330)

Lothar Brock, der Verfasser dieser Passage des Friedensgutachtens, rechnet sich selbst zum „kritischen Spektrum“ der Friedensforschung, räumt aber gleichzeitig und das zu Recht ein, daß die Trennung zwischen „kritisch“ und „traditionell“ nicht mehr in der Form möglich sei, wie das am Beginn der Ausdifferenzierung der Friedensforschung noch der Fall war: „Ich habe mich als Mitglied der AFK (Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, UCW) institutionenpolitisch stets der kritischen Friedensforschung zugerechnet. Bei der Trennung von den sogenannten nicht-kritischen Friedensforschern war ich nach anfänglicher Begeisterung und Besserwisserei jedoch eher skeptisch. ... Ich kann dem inzwischen nicht mehr sehr viel abgewinnen und habe deswegen auch Schwierigkeiten, mich heute bestimmten Strömungen in der Friedensforschung zuzuordnen. Ich glaube, daß solche unterschiedlichen Strömungen heute auch nicht mehr so klar auszumachen sind, weil es kaum noch das Interesse von Leuten mit sehr unterschiedlichen Positionen gibt, als Friedensforscher oder Friedensforscherin anerkannt zu werden. Unterschieden werden kann aber weiterhin zwischen einer Frie-

densorientierung, die hier und heute jegliche Gewaltanwendung ablehnt, und einer Friedensorientierung, die eine Instrumentalisierung von Gewalt zur Durchsetzung bestimmter Rechtspositionen (z. B. im Sinne eines internationalen Schutzes der Menschenrechte) und zur Selbstverteidigung für unumgänglich hält, ohne damit das Ziel einer fortschreitenden Reduzierung von Gewalt als Regulativ von Sozialbeziehungen aufzugeben. Zu der zuletzt genannten Orientierung würde ich mich selbst zählen.“ (Lothar Brock im Interview¹³ am 22. Februar 1994: 17f.)

Lothar Brocks Aussagen im Friedensgutachten 1989 und im Interview dürfen nicht mißverstanden werden als die Haltung eines dezidierten Befürworters militärischer Lösungen: Einen solchen wird man in der Friedensforschung nicht finden. Vielmehr gibt es Positionen, die nur und nur unter bestimmten Umständen und das nur in Ausnahmefällen nach entsprechenden sorgfältigen Prüfungen, eingedenk der Gefahr des Machtmißbrauchs, die militärische Gewaltanwendung als letzten Ausweg eines „Konfliktmanagements“ für richtig halten. Lothar Brock setzt sich mit seiner Auffassung kritisch auseinander:

„Ich bin mir natürlich der Problematik der ‘kompromißlerischen’ Haltung in der Gewaltfrage bewußt und kann die Kritik an ihr nachvollziehen. Ich meine aber, wir sollten nicht zu viel Zeit und Energie auf die Klärung von Grundpositionen verwenden und uns mehr mit der praktischen Frage befassen, welche Verhaltensweise in welcher spezifischen Frage oder welchem Konflikt am ehesten dazu beiträgt, die Gewaltanwendung unmittelbar und auf mittlere oder längere Sicht abzubauen. Ich bleibe auch bei der Auffassung, daß es bestimmte Situationen gibt, in denen man durch den Verzicht auf Gewalt ebenso schuldig wird wie durch ihre Anwendung. Die Friedensforschung kann hier abstrakt kaum Entscheidungshilfen liefern, wie sich im Falle des ehemaligen Jugoslawien zeigt.“ (Lothar Brock im Interview am 22. Februar 1994: 18)

In der Auseinandersetzung um die Befürwortung oder Ablehnung militärischer Gewalt geht es m. E. nicht um eine ausschließlich wissenschaftliche Debatte, denn eine klare Antwort kann nicht aufgrund zielgenauerer Forschungsfragen, verbesserter Methoden oder einer gut erschlossenen Quellenlage gewonnen werden, sondern hier handelt es sich auch um eine *Grundprämissenfrage*, die nur jeder und jede Einzelne für sich aufgrund eigener *ethischer Bewertungen* beantworten kann. Demzufolge ist der dritte „Richtungsstreit“ wie auch der zweite über die „Entgrenzung des Gewaltbegriffs“ und der erste über die Trennung zwischen „kritischer und traditioneller Friedensforschung“

¹³ Siehe dazu Fußnote 10, S. 13.

eine *offene Debatte* ohne „Ende“ und einzig gültige Antwort. Lothar Brock verdeutlicht diesen Punkt, den er mit eigenen und verbreiteten „Gewaltphantasien“ in Zusammenhang bringt:

„Die Berichterstattung über Gewaltanwendung, wie über Kriminalität oder Kriegsgreuel, läßt in mir selbst immer wieder Gewaltphantasien aufsteigen. Ich meine damit das Verlangen, die Übeltäter mit ihrer eigenen Gewalt zu konfrontieren, sie ihre eigene Gewalt spüren zu lassen. Daß dieses Verlangen in mir vorhanden ist, erschreckt mich. Aber es ist da. Und ich glaube, daß dieses Verlangen auch unter besseren Friedensstiftern als ich selbst einer bin, weit verbreitet ist. Deshalb halte ich es für ratsam, sich nicht auf die Möglichkeit unbedingter Gewaltfreiheit zu verlassen. Eine Friedensforschung aber, die die Forderung nach unbedingter Gewaltfreiheit nicht mehr ernst nimmt oder gar zuläßt, gibt sich selbst auf. Der Dialog über unbedingte und relative Gewaltfreiheit hat für die Friedensforschung zentrale Bedeutung. Er kann nie abgeschlossen werden.“ (Lothar Brock im Interview am 22. Februar 1994: 18 - 19)

Auch wenn es auf den ersten Blick so schien, so kam die Polarisierung zwischen „Bellizisten“ und „Pazifisten“ innerhalb der Friedensforschung analog zu Kreisen anderer Intellektueller¹⁴ und Vertreter der Friedensbewegung (Kostede 1990) in der Bundesrepublik Deutschland nicht überraschend: Eine bereits begonnene Diskussion wurde wiederaufgenommen und vor dem Hintergrund der hochemotionalisierten allgemeinen Diskussion in der Öffentlichkeit weitergeführt. Allerdings nuancierter und anhand eines speziellen Falles, des „Ausnahmefalles“, den es bis dato nicht gab: des Falles der Notwendigkeit des Beistandes für Israel angesichts dessen Bedrohung von irakischen Giftgasangriffen. Wie sollte sich die Bundesrepublik verhalten, wenn unter der Ägide der Vereinten Nationen eine international zusammengesetzte Armee gemeinsam für die Befreiung Kuwaits, d. h. für die Einhaltung völkerrechtlicher Vereinbarungen, kämpft? Wie muß die Bundesrepublik ihrer Verantwortung gegenüber Israel gerecht werden, das vor den Giftgasangriffen Iraks zu schützen ist? Anhand der Frage der direkten (wenn die grundgesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind) und der indirekten (die Bereitstellung von Kriegsgerät und Finanzierungshilfen) Beteiligung der Bundesrepublik an Kriegshandlungen im Nahen Osten (Habermas 1991: 40; Negt 1991: 6) polarisierten sich die Haltungen in der Friedensforschung weiter. (Krippendorff 1992)

¹⁴ Man erinnere sich dazu z. B. an die Äußerungen von Hans Magnus Enzensberger oder Wolfgang Biermann, die sich für einen militärischen Schutz Israels aussprachen und Hans-Christian Ströbele, dem damaligen Vorstandssprecher der Grünen, der diesen ablehnte, woran sich eine ausgedehnte und hochemotionale Debatte anschloß. Siehe: An der deutschen Heimatfront. In: Der Spiegel, vol. 45(10)1991: 238 - 245.

Zwei gegensätzliche Standpunkte seien als stellvertretend für diese Debatte angeführt: Anlässlich des 18. AFK-Kolloquiums im Februar 1991 wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Erklärung abgegeben, welche die den Deutschen als „Drückebergerei“ vorgeworfene Zurückhaltung als „Tugend“ bezeichnet:

„Wir sehen in den bestürzten und spontan-pazifistischen Reaktionen großer Teile der deutschen Bevölkerung auf den Golfkrieg ein ermutigendes Zeichen dafür, daß eine historische Konstante deutschen politischen Bewußtseins gebrochen wurde. In dem, was oft als ‘Drückebergerei’ diskriminiert wird, sehen wir eine Tugend: die Tugend der Absage nicht nur an den Krieg als Mittel jedweder Politik, sondern auch die Absage an eine Weltmachtrolle des neuen Deutschland.“ (AFK-Rundbrief, Mai 1991: 8)

Zudem betonte der Vorstand der AFK zu dieser Zeit in einer öffentlichen Erklärung, daß die Bundesregierung bereit sein solle, „eine militärische Unterstützung des Kriegsgeschehens auszuschließen und fest zur historisch begründeten und verfassungsrechtlich fixierten Beschränkung eines Einsatzes deutscher Streitkräfte zu stehen und dies auch zu vertreten“.¹⁵ Dagegen wurde im Friedensgutachten der drei Friedensforschungsinstitute im Sommer 1991 gefordert, daß „in der Verfassung ... die Möglichkeit verankert werden (sollte), daß Deutschland bewaffnete Kontingente unter der Verantwortung und dem militärischen Oberkommando der Vereinten Nationen für friedenssichernde Aktionen entsprechend der UN-Charta oder im Rahmen einer noch zu schaffenden kollektiven europäischen Sicherheitspartnerschaft zur Verfügung stellt“.¹⁶ Damit wurde innerhalb der institutionalisierten Friedensforschung eine Debatte über eine Grundgesetzänderung bezüglich der Bereitstellung bewaffneter bundesdeutscher Kontingente im Rahmen der UN-Charta in internationalen Krisen vorangetrieben. Edgar Auth schreibt in einem Kommentar für die Frankfurter Rundschau über das Friedensgutachten 1991: „Das Eintreten für ‘bewaffnete Kontingente’ in internationalen Krisen löste bei Lesern des Gutachtens Kopfschütteln aus.“ (Auth 1991: 5)

In der Tat wurde damit Kritik provoziert: Ulrich Albrecht und Randolph Nikutta schreiben in einer „Stellungnahme des Berghof-Institutes für Friedens- und Konfliktforschung zum Friedensgutachten 1991“, daß die Haltung der Friedensforschungsinstitute „we-

¹⁵ Die Erklärung des AFK-Vorstandes zum Golfkrieg „Den Krieg überwinden!“ ist dokumentiert in: AFB-Info, Nr. 1/1991: 4.

¹⁶ So in den „Empfehlungen“, die von Friedhelm Solms, Egon Bahr und Gert Krell gezeichnet sind, Friedensgutachten 1991: 12.

sentlich über das hinausgeht, was in der Oppositionspartei SPD und damit gleichzeitig auch zwischen den Parteien auf absehbare Zeit mehrheitsfähig ist. Die SPD konnte sich auf ihrem Parteitag im Mai dieses Jahres nur unter größten Mühen zu einem Beschluß durchringen, der lediglich die Teilnahme an UN-„Blauhelmen“ gutheißt. Mit ihrer Forderung nähern sich die drei Friedensforschungsinstitute statt dessen zu einem erheblichen Teil den Vorstellungen der konservativ-liberalen Regierungskoalition an.“ (Albrecht/Nikutta 1991: 22 - 23) In seinem Kommentar fragt Edgar Auth weiter: „Sollten ausgerechnet die oft an der Seite der Friedensbewegung eingeordneten Institute dafür eintreten, daß die Bundeswehr künftig in Konflikten wie dem Golf-Krieg an die Front muß?“ (Auth 1991: 5)

Zu Unrecht unterstellt Edgar Auth in seiner Kritik sowohl der Friedensforschung als auch der Friedensbewegung einen konsequenten Pazifismus. Diesen hat es in seiner idealtypischen Form dort nie gegeben, denn sowohl die Friedensforschung als auch die Friedensbewegung sind und waren in bezug auf Zielsetzungen und politische Grundprämissen sehr heterogen. „Homogenität“ in einer politischen Haltung gab es nur im Rahmen des Minimalkonsenses über die Ablehnung der nuklearen Abschreckung. Die unterschiedlichen Meinungen in Friedensforschung und Friedensbewegungen zeigten sich besonders deutlich in den Auseinandersetzungen um geeignete Mittel zur Beendigung des Konfliktes am Golf 1991 und später während des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien. (siehe dazu: Bündnis 90/Die Grünen 1993: 20 - 22; Wasmuht 1992) Falsch verstandene Erwartungen an pazifistische Haltungen sind m. E. auch der Grund für Irritationen in der friedenspolitischen Debatte: Aufgrund der neuen weltpolitischen Konfliktlagen und deren Bewertungen werden Polarisierungen deutlicher, die es zuvor zwar auch schon gab, die jedoch nicht so deutlich ins Gewicht fielen.

So zeigen z. B. die Empfehlungen des Friedensgutachtens 1991 auf, daß weder in bezug auf den Golf-Krieg 1991 noch auf den im selben Jahre beginnenden Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien pazifistische Haltungen bevorzugt werden. Im Friedensgutachten 1992 wird empfohlen, daß „die Bundesrepublik ... die verfassungsmäßigen Voraussetzungen schaffen (muß), (um) sich mit gleichen Rechten und Pflichten wie jeder andere Staat an kollektiver Sicherheit zu beteiligen, sei es im Rahmen der UN oder in einem noch zu schaffenden europäischen System. Die Entwicklung einer kollektiven europäischen Friedensordnung darf nicht an Deutschland scheitern.“ (Friedensgutachten

1992: 14) Gleichzeitig wird vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Zweiten Golfkrieg eingeräumt, daß sich Deutschland „auch künftig militärischen Aktionen verweigern (sollte), die lediglich auf einer Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat beruhen“. (Friedensgutachten 1992: 14)

Allerdings war das Gutachten 1992 nicht mehr nur innerhalb der Friedensforscher-„Community“ nicht konsensual, sondern auch intern kontrovers, wie die gegensätzlichen Argumente der beiden Autoren, Reinhard Mutz (IFSH) und Harald Müller (HSFK) zeigen: Während sich Reinhard Mutz gegen militärische Kampfeinsätze ausspricht¹⁷, sind für Harald Müller Fälle denkbar, in welchen „Gegengewalt“ notwendig werden kann. (Auth 1992: 16; Mutz/Müller 1992: 16) Unter der Überschrift „Wider den Eskapismus“ (Müller 1992: 31 - 38) überprüft Harald Müller Standpunkte gegen die Beteiligung der Bundesrepublik an internationalen militärischen Kampfeinsätzen, die er als Argumentationstechniken bezeichnet, um „eigentlichen Fragestellungen“ auszuweichen. Müller möchte diesen nicht „ausweichen“ und schreibt: „Die ‘Selbstbeschränkung’ auf die individuelle oder Bündnisverteidigung ist gerade noch einem alten und zunehmend veraltendem Begriff der nationalen Souveränität verhaftet, den es gerade im Sicherheits- und Militärbereich zu durchbrechen gilt.“ (Müller 1992: 35) Diese Forderung untermauert Müller mit der Verantwortung der Deutschen aufgrund ihrer Vergangenheit, die bis dato als Argument gegen eine Beteiligung deutscher Kontingente an internationalen Militäreinsätzen diente:

„Nehmen wir an, Israel werde von einer arabischen Diktatur überfallen und rufe in seiner Not die Vereinten Nationen an. Kann sich Deutschland der Beteiligung mit dem Satz entziehen, da man in diesem Jahrhundert so viele jüdische Leben vernichtet habe, verbiete es sich moralisch, jetzt welche retten zu helfen?“ (Müller 1992: 35)

In seiner Schlußfolgerung kommt Müller zu dem Ergebnis, daß über „militärische Gewalt“ nachgedacht werden muß, da es Fälle gebe, die diese nicht ausschließen, so die Aggression von Mitgliedsstaaten innerhalb einer internationalen Gemeinschaft, so die

¹⁷ Er schreibt: „Waffen töten, Waffen vernichten. Streitkräfte ziehen ihre Legitimität aus dem Recht und der Pflicht des Staates zur Vorsorge für den existentiellen Notfall. Als Werkzeug zum interessenpolitischen Alltagsgebrauch wären sie mißbraucht. Die Zeit ist reif, die Angewiesenheit auf Notwehrmittel auch international abzulösen durch ein verlässliches System der Nothilfe. Daran sollte die Bundesrepublik mitwirken.“ Reinhard Mutz im Friedensgutachten 1992: 30.

Reaktion auf einen „Hitler“ oder „Saddam Hussein“, so wenn ein Mitgliedsstaat „ins Gewaltchaos zu verfallen droht“: „In allen drei Fällen ist der Einsatz militärischer Gewalt zur Verhütung eines größeren Übels nicht selbstverständlich, kann aber auch nicht ausgeschlossen werden.“ (Müller 1992: 38)

In ihrer „Gegenrede“ wenden sich eine Reihe von Mitgliedern der AFK gegen dieses Gutachten: „Wir fragen uns, was Friedensforscher dazu bewegt, in einer Zeit, in der Kriege und Gewalthandlungen zunehmen, militärische Aktionen zu rechtfertigen und militärischem Denken Vorschub zu leisten, wohl wissend, daß es Aufgabe gerade ihres Faches ist, hierzu politische und friedliche, also gewaltfreie Alternativen zu erarbeiten.“¹⁸

Was ist geschehen? Ist in der Friedensforschung eine neue Diskussion entstanden, die diese in „Lager“ einteilt, in diejenigen, die u. U. militärische Einsätze befürworten, und diejenigen, die diese Art der Intervention ablehnen? Handelt es sich hier um die Neuauflage einer alten Debatte? Auch darüber gibt es keine einheitliche Antwort, denn einerseits wird hier keine neue Diskussion gesehen und andererseits wird von einer Debatte mit neuer Qualität gesprochen, wie folgende Aussagen zeigen:

Beispielsweise wird von Lothar Brock angeführt, daß es schon immer Diskussionen über „Befreiungskriege“ in der Friedensforschung gab: „Die Friedensbewegung hat sich mit dem Vietnamkrieg intensiver auseinandergesetzt als die Friedensforschung. Hier gab es in der Imperialismuskritik größere Hemmungen. Nur wenige von denen, die sich selbst der kritischen Friedensforschung zurechneten, haben aber den ‘nationalen Befreiungsbewegungen’ prinzipiell das Recht abgesprochen, Waffengewalt anzuwenden.“ (Lothar Brock im Interview am 22. Februar 1994: 19)

Ähnlich sieht das Eva Senghaas-Knobloch, die davon ausgeht, daß eine Position, die militärische Kampfeinsätze befürwortete in der Friedensforschung „nicht denkbar“ war, „weil sich niemand damit auseinandergesetzt hatte. Es war im übrigen nicht so, daß in

¹⁸ „Für gewaltfreie Lösungen“, Erklärung von AFK-Mitgliedern als „Gegenrede“ zum Friedensgutachten 1992. In: Frankfurter Rundschau, 8. Juli 1992.

der Friedensforschung nur Pazifisten waren. Es gab genügend Kollegen, von denen ich zu wissen glaube, daß sie sich auch für Befreiungsbewegungen eingesetzt hätten. Man kann nicht behaupten, daß etwa nur das fundamental pazifistische Ethos vorhanden war.“ (Eva Senghaas-Knobloch im Interview am 25. Januar 1994: 20)

Reiner Steinweg mißt der Debatte über militärische Interventionen in der Friedensforschung unter Bezugnahme auf das Pro und Contra gewaltsamer Interventionen in Nicaragua und Jugoslawien auch keine neue Besonderheit zu: „Natürlich diskutiert man heftiger, wenn in Jugoslawien Krieg ist, als wenn in Nicaragua Krieg geführt wird. Aber von Anfang an begleitet die Debatte ‘Gewalt unter bestimmten Umständen, Ja oder nein?’ die Friedensforschung. Sie akzentuiert sich nur unterschiedlich, wenn einem der Krieg unmittelbar vor die Haustür rückt, da diskutiert man natürlich heftiger und vielleicht mit mehr Panik. Ich sehe aber nicht, daß sich grundsätzlich die Situation verändert hat. Es hat schon immer Friedensforscher gegeben, die gesagt haben, daß man unter bestimmten Umständen Militär einsetzen müsse und es hat die anderen gegeben, die dies abgelehnt haben.“ (Reiner Steinweg im Interview am 25. November 1993: 17)

Eine neue Qualität in dieser Diskussion sehen allerdings vor allem Gegner des Einsatzes militärischer Gewalt, wie z. B. Ekkehart Krippendorff und Theodor Ebert, die dafür *organisationssoziologische Begründungen* haben und Wolf-Dieter Narr, der diese für ihn neue Diskussion mit der generellen *Veränderung der politischen Lage* erklärt. Krippendorff geht davon aus, daß zu Beginn der Friedensforschung Positionen, die eine „militärische Lösung“ von Konflikten befürworten, „damals undenkbar gewesen“ seien. Daß solche Haltungen allerdings inzwischen auch in den Reihen der Friedensforscher zu finden seien, hält er als

„genau das Resultat dieser Bürokratisierung oder dieser Professionalisierung. Wenn man in den Untergrund geht, kann man keine Karriere mehr machen. In dem Moment, in dem man ein Institut und die Verantwortlichkeit hat, sammelt man die Gelder ein und wird automatisch ein Verantwortungsethiker. Man denkt staatsmännisch, ob das nun die Bahrs sind oder die Leute in Frankfurt. Ich würde nicht sagen, daß es direkt die Folge dessen ist, daß sie Geld kriegen. Sie sind nicht bestochen, aber in einer subtilen Weise sind sie natürlich bestochen, weil sie zum Establishment gehören und gehören wollen, weil sie ihre Gesprächspartner in Bonn oder auf der Hardthöhe suchen und dort ernstgenommen werden wollen. Das ist nicht eine finanzielle Frage, sondern eine subtilere Form von Nähe zur Macht und je näher man zur Macht kommt, verläßt man dann natürlich den genannten Untergrund und denkt dann auch in anderen Kategorien. ... In dem Maße wie Friedensforschung in diesem Sinne praxisorientiert ist, also Einfluß haben will, ist sie verloren.“ (Ek-

kehart Krippendorff im Interview am 27. Oktober 1993: 16 - 17)

Diese Bewertung von Haltungen, die nicht fundamental pazifistischen Einstellungen entsprechen ist m. E. zu verallgemeinernd: Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die sich nicht an vorgegebene Rahmenbedingungen halten, bekommen keine institutionellen Einbindungen, wodurch sie sich mit ihrer Tätigkeit als Wissenschaftler nicht ernähren und demzufolge auch nicht am Diskurs beteiligen können. Darüber hinaus werden nicht-eingebundene Wissenschaftler in der professionellen und öffentlichen Auseinandersetzung weniger gehört als andere, die durch ihre Position erst Einflußmöglichkeiten haben. Krippendorff zufolge ist die Arbeit in der Friedensforschung nur im Rahmen von Basisarbeit möglich, in der professionalisierten Form ist sie korrumpiert. Doch Professionalisierung ist notwendig, um eine neue Forschungspriorität überhaupt durchzusetzen, wie ich an anderen Stellen aufgezeigt habe. (siehe dazu Wasmuht 1998) Ergebnis dieser Professionalisierung der Friedensforschung ist auch u. a. die Einrichtung von einschlägigen Professuren - Stellen von Akteuren, von denen erwartet wird, daß sie nicht korrumpiert sind, sondern im Sinne des Artikel 5 GG die Freiheit in Lehre und Forschung verfolgen. Auch Krippendorff hat sich dieser Tätigkeit als Professor einer Hochschule verschrieben - im Dienste des Staates und dennoch nicht korrumpiert.¹⁹ Recht zu geben ist Krippendorff allerdings, wenn Friedensforschung nur noch im Sinne von Politikberatung und nicht mehr als Grundlagenforschung betrieben wird. Wissenschaft, die völlig frei ist von äußeren Zwängen und Auftraggebern hat die besten Voraussetzungen für kreative und vor allem kritische Arbeit: Doch nur wenige junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bekommen heute die Chance, unter solchen Bedingungen zu arbeiten. Für die anderen heißt es, Freiräume zu suchen und zu finden und vor allem den eigenen Idealen treu zu bleiben. Wie die Einzelnen damit umgehen, hängt mit deren Persönlichkeit, Interessen und mitunter auch der eigenen lebensbiographischen Situation zusammen: Eine Verallgemeinerung über „die Friedensforscher“, die in „staatlich finanzierten Instituten“ arbeiten, ist deshalb nicht möglich.

¹⁹ Darüber hinaus muß angemerkt werden, daß die Friedensforscher in der HSFK, die für Möglichkeiten auch militärischer Interventionen plädierten, durchaus nicht in allen Bereichen den Ansichten der rot-grünen Regierung in Hessen entsprachen, die allerdings der Financier der HSFK ist.

Ähnlich wie Ekkehart Krippendorff argumentiert Theodor Ebert, der die Befürwortung auch militärischer Gewalt zum einen als „Verantwortungsethik“, aber zum anderen auch als „institutpolitische Opportunität“ betrachtet:

„Wenn Mitglieder eines staatlich finanzierten Friedensforschungsinstituts - im Rahmen ihrer friedensforscherlichen, gewaltfreien Verantwortungsethik - zu ganz anderen Ergebnissen kämen, als die Finanziere dies erwarten, daß zum Beispiel Blauhelm-Einsätze weiterhin kategorisch abzulehnen seien und nach gewaltfreien Alternativen ohne jede Konzession an parteipolitische Überlegungen zu suchen sei, dann würden einige leitende Herren die Köpfe schütteln und sich laut oder leise fragen: ‘Wie ist bei solchen Auffassungen die Finanzierung unseres Instituts in Zukunft abzusichern?’. Es gibt einfach einen gewissen Zusammenhang zwischen Forschungsergebnissen und Arbeitsplatzsicherung.“ (Theodor Ebert im Interview am 30. September 1993: 13)

Es ist auffällig, daß die Haltungen, die am weitesten bezüglich der Befürwortung militärischer Gewalt gehen, in den Reihen der institutionalisierten Friedensforschung geäußert wurden. So sind z. B. die Grundprämissen, Argumente und Bewertungen über die Frage des Einsatzes militärischer Gewalt in den von den drei Friedensforschungsinstituten - FEST, HSFK, IFSH - und den institutionell unabhängigen Jahrbüchern Frieden, die von Einzelpersonen herausgegeben werden, diametral entgegengesetzt: Wurde die Diskussion in Richtung Befürwortung militärischer Gewalt in ersteren angestoßen, so wurde diese in letzteren abgelehnt. Durchgängige Ablehnung findet die militärische Gewalt auch in der von Geldgebern, Bürokratie und Politik unabhängigen Monatszeitschrift „antimilitarismus information“, nicht so in der Fachzeitschrift „Sicherheit und Frieden“, die hauptverantwortlich von Dieter S. Lutz, Direktor des IFSH herausgegeben wird.

Wolf-Dieter Narr sieht den Grund für die Entwicklung dieser neuen Debatte zunächst in der vergleichsweise einfacheren politischen Situation in den 60er Jahren:

„Das hängt selbstverständlich auch damit zusammen, daß Ende der 60er Jahre die Situation vergleichsweise einfacher war. Man hatte ja den terrible simplificateur, den Ost-West-Konflikt. Trotz aller Spannungen und Gefahren blieben unmittelbar sichtbare Konflikte kriegerischer Art jedenfalls im europäischen Kontext weitgehend außerhalb des Gesichtsfeldes. 1956 gab es Ungarn, 1968 für viele die große Wende, den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei. Aber insgesamt waren die Konflikte vergleichsweise abstrakt. Man konnte gegen den ideologischen Antikommunismus auf westlicher Seite argumentieren, Rüstungswettlauf und Overkill kritisieren usw., ohne unmittelbar mit Situationen konfrontiert zu sein ... Heute, wo die Konflikte direkt vor der Haustür sich abspielen, und man schier verrückt darüber werden könnte, wenn man genauer zur Kenntnis nimmt, was sich abspielt, dann schreit jede und jeder nach einer Sofortlösung, die den Krieg hier und heute stoppen läßt, dann liegt es nahe, militärische Lösungen zu fordern.“ (Wolf-Dieter Narr im Interview am 15. September 1993: 12)

Es ist interessant, daß für viele „Gewaltdebatte“ gleich „Gewaltdebatte“ ist, wenn es darum geht zu fragen, ob sich eine *neue Qualität* in der Auseinandersetzung über die Anwendung von Gewalt entwickelt hat. Reiner Steinweg nennt Nicaragua und Jugoslawien in einem Atemzug: Es hat in der Tat in beiden Fällen Diskussionen und kontroverse Ansichten darüber gegeben, wie die jeweiligen Konflikte befriedet werden könnten: Im Falle Nicaraguas ging es darum, ob *Befreiungskriege* zu unterstützen seien, die von der Opposition im betreffenden Lande ausgingen - also „von unten“ - und im Falle Jugoslawiens ging es darum, ob militärische Interventionen „von oben“ als Mittel der Konfliktregelung zu befürworten seien. Und weiter: In der „Out of Area“-Diskussion geht es zudem um *staatlich sanktionierte militärische Gewalt* und konkret um eine Grundgesetzänderung bezüglich einer größeren Handlungsfreiheit der Bundesrepublik zur Teilnahme an internationalen militärischen Interventionen, die u. U. bis zur Beteiligung auch an internationalen Kampfeinsätzen reichen kann.

Waren die ersten Diskussionen innerhalb der Friedensforschung durch eine grundsätzliche *Militärkritik*²⁰ geprägt als Inbegriff staatlich „organisierter Friedlosigkeit“, so hat sich gewissermaßen eine *Militärlogik* (Negt 1991: 6) auch in der Friedensforschung verbreitet, in der die Institution des Militärs nicht mehr grundsätzlich hinterfragt, son-

²⁰ Ekkehart Krippendorff ist dieser grundsätzlichen Militärkritik treu geblieben, die ihn auch veranlaßt, unversöhnlich mit den Befürwortern militärischer Gewalt zu argumentieren. Siehe vor allem Krippendorffs Arbeiten, in welchen er wissenschaftlich grundsätzliche Militärkritik übt: Krippendorff 1985; Krippendorff 1993.

dern als allerletztes Mittel einer Konfliktregelung betrachtet wird. Zudem kommt, daß es ein qualitativer Unterschied ist, ob die Gewaltanwendung von *Partisanen* unter gewissen Umständen befürwortet wird oder die Gewaltanwendung *militärischer Einheiten souveräner Staaten* unter dem Kommando eines internationalen Regimes bzw. die Kompetenzerweiterung der Bundeswehr.

Deshalb gehe ich von einer *neuen Debatte mit neuer Qualität* innerhalb der Friedensforschung aus, weshalb ich bewußt von einem „dritten Richtungsstreit“ spreche: eine Auseinandersetzung über letztendlich ethische Wertungen, die m. E. *wissenschaftlich* weder zu begründen noch zu belegen sind. Allerdings stimme ich Eva Senghaas-Knobloch zu, die darauf hinweist, daß die Friedensforschung nie ein Unternehmen von ausschließlich Pazifisten und Pazifistinnen war.

Die genaue Lektüre der Stellungnahmen zeigt, daß es nicht möglich ist, in der „Gewaltdebatte der 90er Jahre“ nur zwei Positionen auszumachen, ohne dabei den Vertretern der jeweiligen Meinungen gegenüber ungerecht zu handeln. Wie gesagt, es gibt niemanden in der Friedensforschung, der ohne jedes Wenn und Aber militärische Interventionen befürwortete: und diese „Wenn“ und „Aber“ sind es, die wiederum unterschiedliche Positionen trennen. Aus diesem Grunde ist es schwierig, hier von „Bellizisten“ im Gegensatz zu „Pazifisten“ zu sprechen, da als „Bellizisten“ solche bezeichnet werden, die aufgrund ihrer „Militärlogik“ sofort nach militärischen Mitteln greifen. Deshalb übernimmt auch Andreas Buro dieses Gegensatzpaar bewußt nicht für die Bezeichnung der Kontroverse in der Friedensforschung: „Die Unterteilung ‘Pazifismus und Bellizismus’ gefällt mir nicht, denn die Bellizisten sind ja nicht Militaristen, sondern es sind Leute, die fragen, ob man das militärische Instrument einsetzen könnte, um Ordnungen herzustellen - was immer das sein mag -, um Frieden zu schaffen.“ (Andreas Buro im Interview am 26. November 1993: 14)

Im folgenden werden nicht die unterschiedlichen Facetten der „Out of Area“-Diskussion²¹ in der Friedensforschung nachgezeichnet²², vielmehr ist es wissenschaftssoziologisch interessant, den Umgang mit den eigenen Argumenten und denjenigen der Vertreter der jeweils „anderen Position“ genauer zu betrachten. Dazu einige Beispiele:

„Ich persönlich habe immer die Möglichkeit der legitimen Gewaltanwendung als ein notwendiges Element der Ordnung in der Welt gesehen.“ (Karl Kaiser im Interview am 28. Februar 1994: 22)

Karl Kaiser sieht in der Debatte über den Gebrauch militärischer Gewalt in der Friedensforschung das Resultat eines Lernprozesses und seinen eigenen Standpunkt bestätigt. Er zählt sich nicht zur „kritischen“ Friedensforschung, denn er will die Strukturen der Gesamtgesellschaft nicht gänzlich verändern. Für ihn gehört die Möglichkeit der militärischen Gewaltanwendung zum legitimen Spektrum von Sanktionsformen:

Es „ist jetzt eine Lernerfahrung eines Teils der Friedensforschung, die sie glücklicherweise endlich vollzieht, vielleicht manchmal mit einer beängstigenden Geschwindigkeit, die dazu führt, daß sie mit einer Radikalität, wie man es auch bei den Grünen sieht, nun plötzlich zur Waffe greifen will, die einen manchmal fast erschreckt. Aber dies ist ein Vorgang, der nichts anderes als ein Lernprozeß ist, denn sie konzedieren jetzt das, was andere in den damaligen Auseinandersetzungen, zu denen ich gehört habe, sagen würden: Es gibt Situationen, in welchen Gewalt, wenn sie im Namen bestimmter Prinzipien des Völkerrechts und auch nach bestimmten Verfahren ausgeübt wird, notwendig ist.“ (Karl Kaiser im Interview am 28. Februar 1994: 22)

²¹ Diese Diskussion beinhaltet nicht nur eine große Breite von Differenzierungen, sondern auch unterschiedliche Fragestellungen: Ist militärische Gewalt grundsätzlich als letztes Mittel zu befürworten oder ist für jede Situation eine gewaltfreie Lösung zu finden und anzuwenden? Unter welchen Umständen ist der Einsatz militärischer Gewalt, sofern dies befürwortet wird, zu fordern? Welchen Rahmen muß ein „kollektives Sicherheitssystem“ haben, um legitimiert zu sein, um im internationalen System der Polizei im innergesellschaftlichen Bereich vergleichbare Funktionen zu übernehmen? Welche Aufgabe hat die Bundesrepublik Deutschland, wenn ein internationales „Sicherheitssystem“ aufgebaut wird? Welche Kompetenzen sollte die Bundeswehr haben: die Befugnis zur Teilnahme an militärischen Kampfeinsätzen; nur an Blauhelm-Einsätzen oder keinerlei Kompetenzerweiterung?

²² Eine solche Zusammenfassung legte z. B. Martina Fischer (1991) vor. Siehe dazu z. B. auch den Bericht von Karlheinz Koppe: Friedensforschung zum Krieg am Golf. In: AFB-Info, Nr. 1/1991: 1 - 4. Ähnlich auch: Der Golfkrieg aus der Sicht der Friedensforschung, Themenheft des Friedensforum. Hefte zur Friedensarbeit, Heft 1-2/1991. Siehe auch die Stellungnahme der Redaktion der antimilitarismus information, in der die Argumente der Befürworter einer Grundgesetzänderung aus den Reihen der Friedensforschung zusammengefaßt und bewertet werden. Ami-Redaktion: Grenzenlose Einsätze der Bundeswehr? Eine Intervention der ami-Redaktion. In: antimilitarismus information, vol. 23(6)1993: 27 - 32.

„*Wie Gewaltfreiheit den Aggressor begünstigt.*“ (Senghaas 1993b)

Dieter Senghaas, der zu Beginn der Friedensforschung in Deutschland als Vertreter der „kritischen Friedensforschung“ mit Karl Kaiser nicht übereinstimmte, befürwortet heute unter bestimmten Voraussetzungen den Einsatz militärischer Gewalt: Beispielsweise schreibt er, daß „Blauhelme ... gewissermaßen den Nichteinsatz von Kampfverbänden (garantieren). Wer also gegen eine militärische Intervention ist, müßte für den Einsatz möglichst vieler Blauhelme an Ort und Stelle plädieren. Ein solches Vorgehen kann aber kriegsfördernd sein, wie die Kriege im ehemaligen Jugoslawien zeigen.“ (Senghaas 1993b) Für einen solchen Fall z. B. wäre ein „kollektives Sicherheitssystem“ zuständig, das nach entsprechenden Erwägungen in einen Konflikt frühzeitig eingreifen könne, um eine Eskalation zu verhindern:

„Ich selber bin schon immer ein Anhänger der Idee des kollektiven Sicherheitssystems gewesen, und das kollektive System ist ähnlich wie in rechtsstaatlichen Ordnungen ein System, das auch über Sanktionen verfügen muß. Sanktionen kann man auf einer breiten Palette mit friedlichen, gewaltfreien Mitteln durchsetzen und es wird Situationen geben, wo diese Mittel nicht wirken.“ (Dieter Senghaas im Interview am 13. Mai 1994: 36)²³

„*Meine These ist, daß es nichts bringt, wenn es etwas brächte, würde ich es auch einsetzen.*“ (Ernst-Otto Czempiel im Interview am 22. Februar 1994: 16)

Czempiel spricht sich mit Nachdruck gegen die Anwendung militärischer Gewalt in Krisengebieten aus, da diese Art der Intervention seiner Meinung nach Konflikte nicht regelt, sondern nur verschärft bzw. neue verursacht. Czempiels Ablehnung beruht jedoch nicht auf ethischen Erwägungen, die ihm verbieten, für militärische Einsätze zu plädieren. Wären diese aus seiner Sicht sinnvoll, so würde er diese auch befürworten. Die Debatten über das Pro und Contra von Militäreinsätzen in Krisengebieten innerhalb der Friedensforschung hält Czempiel für wenig fruchtbar und für „typisch deutsch“:

„Diese ganzen Diskussionen, die es in der Friedensforschung gab, maßgeblich angeheizt von der AFK-Führung ... immer, wenn die HSFK-Kollegen etwas veröffentlicht haben, dann hat Herr Koppe ... und noch irgend jemand Stellungnahmen abgegeben, und es gab eine furchtbare Diskussion unter den Friedensforschern. Ich habe sie immer für absolut schädlich gehalten, weil die eigentliche Frontstellung ja nicht zwischen diesen beiden Positionen in der Friedensforschung verläuft, sondern zwischen ihnen und den anderen, die immer von vornherein für den unbeschränkten Einsatz von militärischer Gewalt plädieren. Daß sich dann die Friedensforscher so sehr in die Haare bekommen haben, hat mich eigentlich sehr geärgert, und ich habe es immer für eine vollkommen überflüssige, sinnlose,

²³ Mit der Frage, „in welchen Fällen eine militärische Intervention legitim ist“, beschäftigt sich Senghaas (1993a).

schädliche Diskussion gehalten - typisch in der Tradition der deutschen, europäischen Linken, die ihre Gesinnungsethik bis auf den letzten Punkt hinter dem Komma berücksichtigt sehen wollten.“ (Ernst-Otto Czempel im Interview am 22. Februar 1994: 16)

„Ich denke, daß die anderen Positionen insoweit legitim sind, als sie in der Friedensforschung einen Platz haben müssen.“ (Tordis Batscheider im Interview am 26. Januar 1994: 22)

Tordis Batscheider versteht sich als Pazifistin in der Tradition der kritischen Friedensforschung, weshalb sie Militäreinsätze in jeder Form und grundsätzlich ablehnt. Für sie gehören aber Vertreter, die unter bestimmten Umständen zu militärischen Mitteln greifen, auch zum Spektrum der Friedensforschung, da auch deren Ansinnen auf das Ziel der Wiederherstellung und Erhaltung des Friedens gerichtet sei:

„Ich würde niemanden von denjenigen, die meinen, daß man mit militärischen Einsätzen Massaker oder Menschenrechtsverletzungen beenden kann, die moralische Integrität als Friedensforscher oder Friedensforscherin absprechen. Ich finde es auch völlig falsch, wenn die Diskussion sich darauf konzentriert, weil sich damit die Fronten so verhärten, daß man nicht mehr miteinander reden kann. Ich würde Militäreinsätze nicht befürworten, aber ich kann verstehen, wie man dazu kommt, eine solche Position zu vertreten.“ (Tordis Batscheider im Interview am 26. Januar 1994: 22)

Tordis Batscheider vertritt eine eher „versöhnliche“ Haltung, die von einem Meinungspluralismus ausgeht, der auch in der Friedensforschung Argumente einschließt, die militärische Einsätze in bestimmten Situationen befürworten. „Unversöhnlicher“ als Tordis Batscheider sind andere Vertreter und Vertreterinnen pazifistischer Einstellungen:

Karlheinz Koppe versteht dieses neue „Umdenken“ in der Friedensforschung nicht. Er kann sich dieses nur mit dem Wegfall der atomaren Gefahr erklären: „Wieso wurde denn nicht schon vor der ‘Wende’ militärisches Eingreifen gefordert? Offenbar aus Angst vor einem Atomkrieg. Das nenne ich vordergründiges politiktaktisches Denken, aber kein wissenschaftliches Denken. Eigentlich hätte schon vor 1989 gesagt werden müssen: Wir sind gegen Krieg aus Angst vor einem Atomkrieg, ansonsten sind wir für Krieg. Das sind mir scheene Friedensforscher“ (Karlheinz Koppe in seiner Antwort auf meine schriftlichen Fragen vom 2. Dezember 1993) Koppes Haltung ist vor dem Hintergrund seiner radikal-pazifistischen Überzeugung zu verstehen. (Koppe 1994) Gerda Zellentin rechnet die Befürworter militärischer Aktionen nicht zur Friedensforscher-Community, denn „die Diskussion über militärische Interventionen in Krisengebieten, vor allem aber die Befürwortung gewaltsamer Interventionen von seiten der Friedensforscher, deutet darauf hin, daß diejenigen, die sich als Friedensforscher ausge-

ben, eben keine sind. Denn nach meinem Verständnis heißt Friedensforschung die Erforschung des Abbaus von Gewalt und nicht die Rechtfertigung des Einsatzes von Gewalt.“ (Gerda Zellentin im Interview am 9. Februar 1994: 9) Egbert Jahn sieht hier „das Ende der Friedensforschung und de(n) Übergang zur gerechten Kriegsforschung. Unter welchen Bedingungen darf ich heute noch Krieg führen? Wenn man diese Frage nicht dogmatisch ablehnt, indem man sagt, es kann ethisch u. U. doch geboten sein, Krieg gegen den Irak zu führen, ... dann muß man das auch offen thematisieren und zumindest als eine Relativierung der alten Grundkonzeptionen von Friedensforschung in Betracht ziehen. ... (Man, UCW) gelangt dann wieder zurück zu der Vorstellung, daß ein bißchen Krieg doch anscheinend notwendig ist, um Frieden zu etablieren.“ (Egbert Jahn im Interview am 22. Februar 1994: 18 - 19)

In der Regel wird der Diskurs der gegensätzlichen Standpunkte im Rahmen wissenschaftlicher Formen ausgetragen²⁴, was die Akzeptanz wissenschaftlicher Pluralität voraussetzt. Da es bei der Gewaltfrage m. E. jedoch nicht nur um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung geht, sondern auch um eine über Grundfragen und ethische Werte, zeigt sich die Polarität der Argumente auch in emotionalisierten Auseinandersetzungen, die zur Formulierung sich ausschließender Stellungnahmen führen. Ein Beispiel einer solchen Debatte innerhalb der Friedensforschung ist die Kontroverse zwischen Gert Krell und Wolf-Dieter Narr: Sie geht zurück auf die Veröffentlichung des Friedensgutachtens 1992, in dessen u. a. von Gert Krell gezeichneten Empfehlungen sich die Autoren für die Beteiligung deutscher Soldaten an Kampfeinsätzen innerhalb eines legitimen internationalen Regimes aussprechen. (Friedensgutachten 1992: 14) Auf die darauffolgenden kritischen Reaktionen insbesondere aus Kreisen der Friedensforschung²⁵ gibt Gert Krell eine Begründung „Warum ich (k)ein Pazifist bin“ in einem der

²⁴ Siehe dazu z. B. die interessante Kontroverse zwischen Harald Müller und Wolfgang R. Vogt, Müller/Vogt 1993. Siehe auch z. B. die Diskussion zwischen Gert Krell und Karlheinz Koppe, die Krell in Versatzstücken aus Briefwechseln veröffentlicht hat: Krell 1994a.

²⁵ Siehe dazu: „Für gewaltfreie Lösungen“, Erklärung von AFK-Mitgliedern als „Gegenrede“ zum Friedensgutachten 1992. In: Frankfurter Rundschau, 8. Juli 1992.

AFK-Rundbriefe²⁶. Dort betont er nochmals, daß es Situationen geben kann, in welchen der Einsatz gewaltsamer Mittel gerechtfertigt sei und behauptet „damit, daß man Pazifist und gleichzeitig nicht Pazifist sein kann“.²⁷ Deshalb lehnt Krell die Trennung zwischen „Pazifisten“ und „Bellizisten“ ab, er spricht sogar von der Möglichkeit des „Bellipazifismus“.²⁸ Diese Diskussion griff die Zeitschrift „links“ 1993 auf, in der Gert Krell seine Argumente nochmals zusammenfaßt (Krell 1993b: 15 - 16), auf die Wolf-Dieter Narr mit seinen Ausführungen „zum Scheinrealismus und zur Scheinmoral mancher Friedensforscher“ (Narr 1993b: 17 - 18) antwortete. Dort wirft Narr Gert Krell vor, „beides zu wollen“, in dem er formuliert: „Er wendet sich gegen das (schrecklich) simplifizierende Entweder-Oder und plädiert für das problemnähere Sowohl-Als-auch.“ (Narr 1993b: 17) Wolf-Dieter Narr geht unversöhnlich von einem ausschließlich pazifistischen Anspruch der Friedensforschung aus, wenn er schreibt:

„Pazifisten, die mehr als Friedensgefühle hegen, konzentrieren sich aber gerade auf einen Friedensbegriff und entsprechende Friedensarbeit, die an einer radikaldemokratisch menschenrechtlichen Konfliktgesellschaft ausgerichtet sind. In einer solchen erst wird es möglich, Konflikte friedlich beizulegen, weil sie dann nicht durch strukturelle Ungleichheit und Gewalt motiviert werden.“ (Narr 1993b: 18)

Und er schlußfolgert daraus für die Friedensforschung: „Wenn professionelle Friedensforschung sich dieser Aufgabe versagt, hat sie ihre raison d’être preisgegeben.“ (Narr 1993b: 18) Auf diese Vorwürfe wiederum antwortet auch Krell in einer „Gegenrede zum Streit über und im Pazifismus“ (Krell 1993a: 10 - 11): „In zwanzig Jahren Friedensforschung bin ich schon oft hart kritisiert worden, aber so gehässig und aggressiv angemacht wie der aktive Pazifist Wolf-Dieter Narr hat mich bislang noch niemand. Daß Narr, anstatt mit mir zu diskutieren, mir die Qualifikation abspricht, ist schlechter Stil, daß er mir die moralische Intention abstreitet, infam. Nach diesem Auftakt kann ich mir eine weitere Debatte mit Narr nicht vorstellen.“ (Krell 1993a: 10) Vor dem Hintergrund dieser Debatte hat sich Wolf-Dieter Narr mit Nachdruck gegen die Möglichkeit

²⁶ Gert Krell: Warum ich (k)ein Pazifist bin. Ein Beitrag zur Debatte über Friedenssicherung nach dem Ost-West-Konflikt. In: AFK-Rundbrief, Nr. 3/1992: 40 - 51.

²⁷ Ebenda: 42. Seine Thesen legt Krell in einer weiteren Überarbeitung nochmals später vor: Krell 1994b.

²⁸ Nach Krell habe es diesen Begriff bereits in der Zwischenkriegszeit gegeben. Senghaas spricht in ähnlichem Zusammenhang von einem „halbierten Pazifismus“, Senghaas 1994a: 24.

eines „Belli-Pazifismus“ ausgesprochen. (Wolf-Dieter Narr im Interview am 15. September 1993: 15)

Auf die „Gewaltfrage“ gibt es keine einheitliche Antwort, sie muß in einem *offenen Diskurs* weiter ausgetragen²⁹ und immer wieder von neuem gestellt werden. Denn auch die Voraussetzungen zur Frage, ob eine Gewaltanwendung gerechtfertigt sei, verändern sich. An der o. g. Debatte wird deutlich, daß Prämissen und Antworten auf die „Gewaltfrage“ nicht von einem politischen Zusammenhang auf den anderen übertragen werden können. Deshalb ist es m. E. auch problematisch, einen für alle Zeiten von Politikformen und Konfliktlagen unabhängigen fundamentalen Pazifismus zu vertreten. Pazifistische Forderungen müssen immer wieder neu an den Rahmenbedingungen überprüft werden, in welchen sie gestellt werden. So ist beispielsweise die kategorische Ablehnung der Beteiligung der Deutschen an einem internationalen militärischen Einsatz in der Golfregion im Jahre 1991 nicht auch übertragbar auf die Frage über die Beteiligung der Deutschen an einer militärischen Intervention in Bosnien im Rahmen eines UN-Mandates. Deshalb gehe ich davon aus, daß die „Gewaltfrage“ die Friedensforschung weiterhin begleiten wird. Allerdings stellt sie diese immer wieder auf eine harte Bewährungsprobe, denn im versöhnlichen Umgang miteinander wird sich zeigen, ob Friedensforschung als *Friedensforschung* eine Zukunft hat.

Was unterscheidet letztlich eine Friedensforschung, die die Bandbreite aller „Optionen“ unter einem Dach vereint noch von anderen Bereichen, wie etwa der Disziplin Internationale Beziehungen, in welcher es schon traditionell immer den wissenschaftlichen Pluralismus gab, der alle „Optionen“ von der Befürwortung „absoluter Gewaltfreiheit“ bis hin zur Forderung nach „militärischer Gewalt“ aufweist? Die „*Identität*“ eines Wissenschaftsbereiches ist die Stärke desselben nach außen, von welcher aus Wirkungen erzielt werden können: bei der Suche nach Fördergeldern und ideellen Mäzenen; bei der Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses; bei der Erstellung und öffentlichen Präsentation von wissenschaftlichen Untersuchungen und Ergebnissen und - bei der

²⁹ Und diese Diskussion wird weitergehen, auch wenn der aktuelle Anlaß nicht mehr gegeben ist: zunächst einmal ist die politische Grundfrage nach der Grundgesetzänderung vom Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994 dahingehend entschieden worden, daß eine Änderung nicht notwendig ist, da das bestehende Grundgesetz „Out of Area“-Einsätze der Bundeswehr ohnehin zulasse. Siehe dazu: Thomas/Nikutta 1994.

Einflußnahme in die gesellschaftliche Praxis. Mit der Relativierung der alten Ideale und Ziele der Friedensforschung, nämlich grundlegende Herrschafts- und damit Militärkritik zu üben, gibt sie einen großen Teil einer Identität auf, mit der sie Ende der 60er Jahre angetreten ist. Zu Recht wird diese Identität kritisch daraufhin überprüft, ob sie auch noch in den 90er Jahren trägt. Wie die „Pazifismus-Bellizismus“-Diskussion aufzeigt, ist diese Identität heute nicht mehr tragfähig: Ein Teil der Friedensforscher und Friedensforscherinnen fühlt sich nicht mehr angesprochen. Das heißt, es muß ein neues einigendes Band gefunden werden, das über gemeinsame Fragestellungen nach den Ursachen von Gewalt und Kriegen hinausgeht. Wie dieses aussehen wird und wie tragfähig das sein wird, werden die nächsten Jahre zeigen.

4 Zum Thema „Frieden schaffen - mit oder ohne Waffen“ im Spiegel der öffentlichen Meinung

Die „Pazifismus-Bellizismus“-Debatten der Opinion-Leader unter den Linksintellektuellen sowie auch die Diskussion innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung zeigen deutlich, daß sich Einstellungen über die Jahre verändert haben. Eine nuklearpazifistische Grundhaltung, verbunden mit einem Engagement in der Friedensbewegung während der 80er Jahre, heißt nicht gleichzeitig, daß diese Haltung auch gegenüber Kriegshandlungen mit konventionellen Waffen in den 90er Jahren beibehalten wurde. Kurzum: Der Pazifist von gestern unterstützt heute gegebenenfalls militärische Interventionen. Die politischen Umstände, die politischen Akteure und politische sowie militärische Handlungsmöglichkeiten haben sich verändert. Einstellungen haben sich gewandelt und unter völlig neuen Rahmenbedingungen werden die Diskussionen zum Thema „Frieden schaffen - mit oder ohne Waffen?“ geführt und wie gezeigt wurde, sehr emotionalisiert und unversöhnlich.

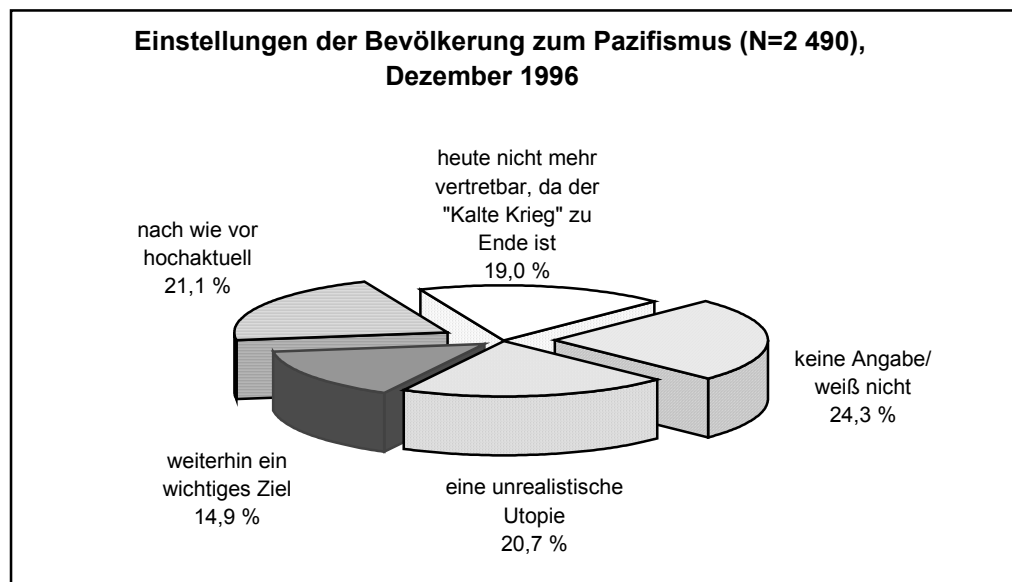
An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, ob es sich bei dem genannten Einstellungswandel nur um die Gedanken einer zahlenmäßig kleinen Avantgarde der deutschen Bevölkerung handelt oder ob sich die Pole der öffentlich geführten Diskussion auch im Meinungsbild der Bevölkerung widerspiegeln. Um einer Antwort darauf näherzukommen, wurden die Daten von Bevölkerungsumfragen ausgewertet, die jeweils im Dezem-

ber 1996 und 1997 im Auftrag des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr (SOWI) erhoben wurden.³⁰

Auf der Basis dieser repräsentativen Erhebung ergaben sich folgende Resultate:

4.1 Einstellungen zum Pazifismus

Die repräsentative Befragung (N=2490) der Gesamtbevölkerung im Jahre 1996 nach Einstellungen zum Pazifismus ergab, daß rund 40 % der Befragten diesen ablehnten und 36 % demgegenüber eine positive Haltung hatten, während rund 24 % mit dieser Frage nichts anzufangen wußten.³¹

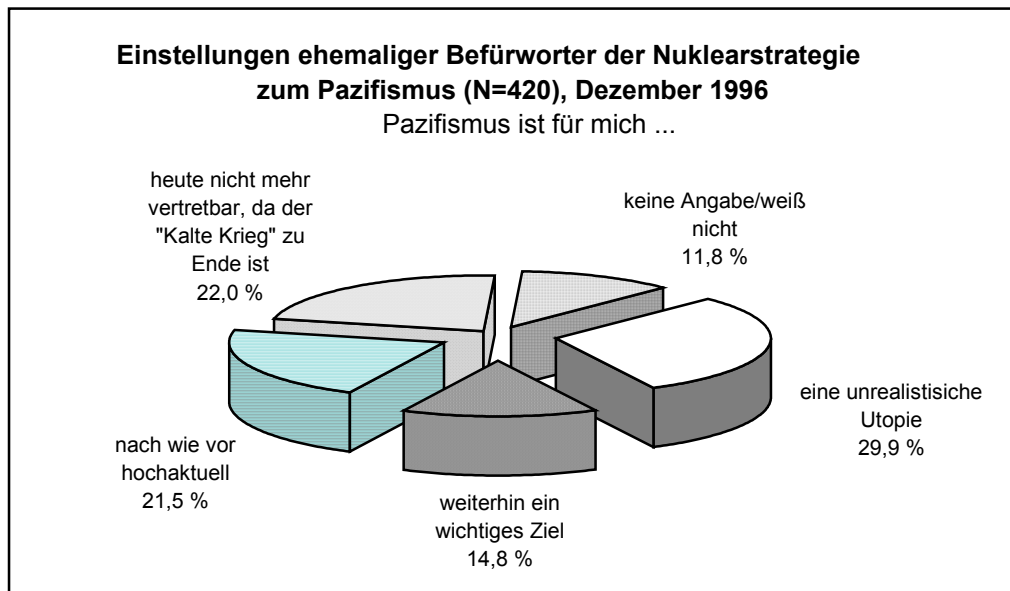


Diese Zahlen sind von besonderem Interesse in Verbindung mit ihrer Verteilung unter Personen, die sich bereits Anfang der 80er Jahre für sicherheitspolitische Fragen

³⁰ Das Marktforschungsinstitut „INRA Deutschland“ in Mölln führte im Auftrage des SOWI in der Zeit zwischen dem 6. November und dem 4. Dezember 1996 eine Bevölkerungsmehrfachthemenumfrage durch. Die Steuerung der Stichprobe erfolgte über ein mehrstufig geschichtetes Zufallsverfahren: Es wurde ein repräsentatives Sample der Gesamtheit aller deutschen Haushalte auf der Basis einer Gemeindestichprobe des Mastersamples der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Marktforschungsinstitute“ (ADM) erhoben. Die Größe der Stichprobe ist N=2 568. Nach einer iterativen Gewichtung unter Berücksichtigung der politischen Ortsgrößenklassen und der Haushaltsgrößen beträgt die Grundgesamtheit N=2 490. Die Daten wurden mittels face-to-face-Interviews auf der Basis eines standardisierten Fragebogens erhoben.

³¹ Die Frage lautete: „Sind Sie der Ansicht, daß der Pazifismus ... - eine unrealistische Utopie ist, - heute nicht mehr vertreten werden muß, da der 'Kalte Krieg' zu Ende ist, - nach wie vor hochaktuell oder - für Sie auch weiterhin ein wichtiges Ziel ist.“

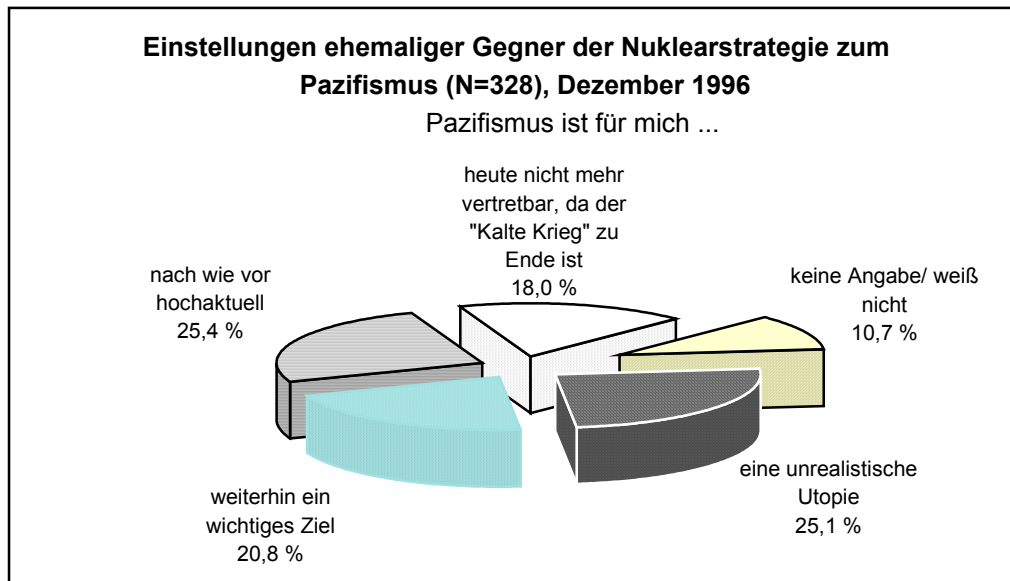
interessiert haben und seinerzeit der Meinung waren, daß die Strategie der nuklearen Abschreckung eine Garantie für den Frieden in Europa und eine notwendige Realpolitik waren. Diese Gruppe von Befragten (N=420) hatte 1996 folgende Einstellungen zum Pazifismus:



Rund 52 % lehnten den Pazifismus nach wie vor ab und circa 12 % konnten oder wollten die Frage nicht beantworten. Besonders fällt allerdings auf, daß unter den Befragten, die in den 80er Jahren die Strategie der nuklearen Abschreckung befürwortet haben und die Ziele der Friedensbewegungen bzw. pazifistische Ideale nicht teilten, rund 36 % sind, die den Pazifismus für aktuell und wichtig hielten. Dieser Prozentsatz entspricht in etwa dem unter allen Befragten. Die Ablehnung des Pazifismus ist erwartungsgemäß unter den ehemaligen Verfechtern der Nuklearstrategie verbreiteter mit rund 52 % im Vergleich zu rund 40 % unter allen Befragten. Mit circa 12 % ist der Anteil derer, die nichts zu der Frage zu sagen hatten, wesentlich niedriger als unter allen Befragten. Dies ist dadurch bedingt, daß nur die nach ihrer Einstellung zur Nuklearstrategie in den 80er Jahren befragt wurden, die sich damals schon mit Sicherheitspolitik befaßt hatten.

Es fragt sich nun: Wie sieht die Einstellung zum Pazifismus unter denjenigen aus, die sich in den 80er Jahren mit Sicherheitspolitik beschäftigt und seinerzeit die Strategie der nuklearen Abschreckung für „eine Bedrohung der gesamten Menschheit“ gehalten hatten? In dieser Gruppe (N=328) lehnen circa 43 % der Befragten das Prinzip der Ge-

waltfreiheit ab, ein Prozentsatz, der sogar ein wenig höher liegt als der in der Gesamtbevölkerung (39,7 %). Rund 46 % der Befragten befürworteten pazifistische Ziele, erwartungsgemäß etwas mehr als in der Gesamtbevölkerung, da es sich hier um die Gruppe der ehemaligen Gegner der nuklearen Abschreckung handelt. Auch hier: Der Prozentsatz derer, die nicht antworteten, ist niedriger, da die Gruppe der Befragten zu den sicherheitspolitisch Interessierten gehört.



Was lehren diese Zahlen? Der Prozentsatz derer, die den Pazifismus generell ablehnen, ist unter den ehemaligen Befürwortern der Nuklearstrategie erwartungsgemäß höher als in der Gesamtbevölkerung. Analog dazu ist auch der Prozentsatz derer, die heute noch pazifistische Ideale vertreten, unter den ehemaligen Gegnern der Nuklearwaffen höher als in der Gesamtbevölkerung. Doch ist der Anteil der ehemaligen Befürworter der Nuklearstrategie, die heute dem Pazifismus gegenüber positiv eingestellt sind, ebenso hoch wie in der Gesamtbevölkerung und der Anteil der ehemaligen Nuklearpazifisten, welche die Gewaltfreiheit ablehnen, ist sogar noch um einige Prozent höher als dort. Das heißt, der Nuklearpazifist der 80er Jahre kann heute durchaus das Prinzip der Gewaltfreiheit für utopisch halten und demgegenüber negativ eingestellt sein und derjenige, der in den 80er Jahren die Ziele der Friedensbewegung abgelehnt hat, kann heute durchaus pazifistische Ideale vertreten. Eine fortlaufende Linie gibt es nach dem Motto „einmal Gewaltfreiheit, immer Gewaltfreiheit“ nicht. Im Gegenteil: Die Einstellungen haben sich verändert. Es spiegelt sich in diesen Zahlen genau das wider, was sich in der

Debatte der intellektuellen Avantgarde gezeigt hat: Die politischen Verhältnisse sind andere und der Pazifist von gestern lehnt heute unter Umständen die Ideale der Gewaltfreiheit ab.

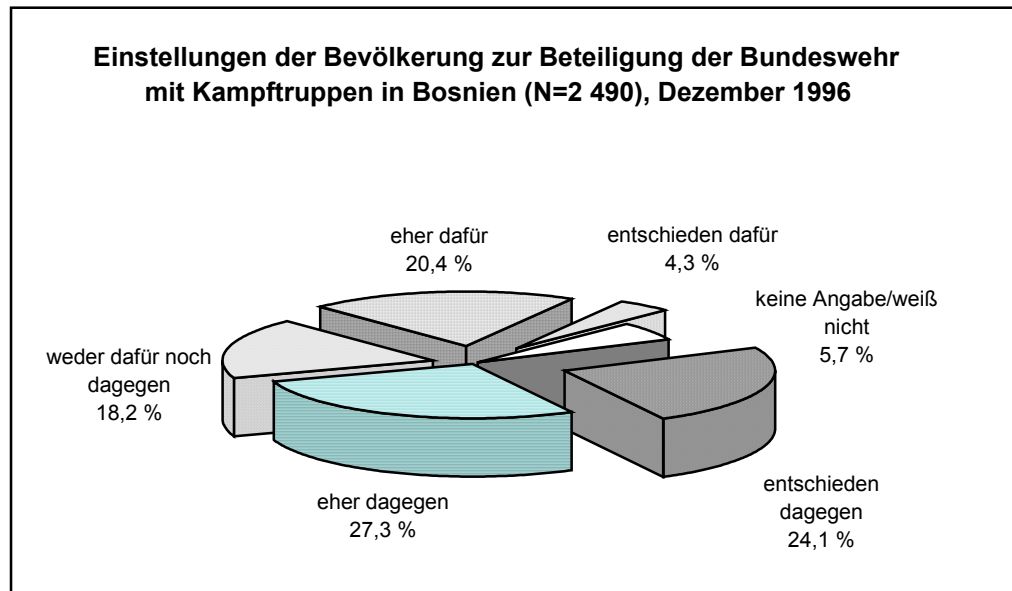
4.2 Einstellungen zur Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes

Aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 können deutsche Streitkräfte an friedenserhaltenden und friedenssichernden Maßnahmen auch außerhalb des Bündnisgebietes der NATO im Rahmen kollektiver Organisationen teilnehmen, wobei sich die Bundeswehr auch an militärischen Einsätzen im Rahmen des Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen beteiligen kann, die gegebenenfalls auch Kampfhandlungen einschließen können. Vor dem Hintergrund dieser Möglichkeiten hat der Deutsche Bundestag am 13. Dezember 1996 mit großer Mehrheit der weiteren Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Operation zur militärischen Absicherung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina im früheren Jugoslawien (SFOR) zugestimmt. Im Unterschied zur Beteiligung der Bundeswehr an den militärischen Einsätzen der NATO in Bosnien im Rahmen von IFOR mit Versorgungs- und Pioniertruppen, sieht dieser Beschluß auch die Beteiligung deutscher Kampftruppen vor. Ihm ging eine Diskussion über die Frage voraus, ob eine militärische Beteiligung der Bundeswehr solcher Art zu rechtfertigen sei. An dieser Stelle muß allerdings erwähnt werden, daß sich bereits im Februar 1996 47 % der Befragten bei einer repräsentativen INFAS-Umfrage gegen die Stationierung von Bundeswehrsoldaten im ehemaligen Jugoslawien ausgesprochen hatten. Jedoch standen seinerzeit diesen 47 % Gegnern 50 % Befürworter der Beteiligung der Deutschen am IFOR-Einsatz gegenüber.³² „Der Entschluß von Bundesregierung und Bundestag, deutsche Soldaten für IFOR zu stellen, findet bei der Bevölkerung ein sehr zwiespältiges Echo: 50 Prozent der Bundesbürger befürworten das deutsche Engagement im Rahmen der IFOR-Truppen, 47 Prozent lehnen die Entsendung von Bundeswehrangehörigen auf den Balkan ab.“ (Rudat 1996: 39) So seinerzeit der Kommentar eines INFAS-Mitarbeiters.

³² Rudat 1996: 39. Die Stichprobe umfaßte seinerzeit 2 000 Befragte. Die Frage lautete: „Im Rahmen des IFOR-Truppenkontingents sind rund 4 000 Bundeswehrsoldaten im ehemaligen Jugoslawien stationiert. Sind Sie persönlich für oder gegen diese Stationierung?“

Unsere Frage lautete:

Die Bundeswehr unterstützt ja bereits die militärischen Einsätze der NATO in Bosnien mit Versorgungs- und Pioniertruppen. In Zukunft soll die Bundeswehr sich auch mit Kampftruppen an diesen militärischen Einsätzen beteiligen. Was halten Sie von dieser Beteiligung der Bundeswehr?



Von den 2 490 Befragten reagierten rund 51 % mit einer ablehnenden Haltung, rund 18 % zeigten sich unentschlossen und rund 25 % sprachen sich für eine Beteiligung der Bundeswehr auch mit Kampftruppen aus. Nur circa 6 % der Befragten wußten keine Antwort. Das zeigt, daß sich eine große Mehrheit in der Bevölkerung für die Zurückhaltung der Deutschen mit Kampftruppen im Jahre 1996 aussprach. Eine EMNID-Umfrage während des Einsatzes vom April 1997 zeigt allerdings, daß 84 % der Befragten eine Friedensmission der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina positiv beurteilten, während nur 13 % dieser negativ gegenüberstanden. Eine weitere EMNID-Umfrage von Januar 1998 zeigt demgegenüber folgende Zahlenverhältnisse: Auf die Frage „Wie stehen Sie zur Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Friedenstruppe in Bosnien-Herzegowina (SFOR)?“ antworteten 64 % der 2 000 Befragten ab 16 Jahren mit „Ich befürworte die Beteiligung“ und 30 % mit einer Ablehnung. Solche Prozentzahlen sind nur ein Abbild einer situativen Einschätzung in der Bevölkerung, man kann hier nicht von einer Konstante ausgehen. Die Antworten hängen stark mit der politische Lage in Bosnien oder mit Presseberichten über irgendwelche Ereignisse zusammen. Wie bereits an anderer Stelle betont, erfolgt die Einschätzung von militärischen Einsätzen

stets neu unter den gegebenen Umständen. Die genannten Umfrageergebnisse zeigen, daß dies auch in der Bevölkerung geschieht: Die im Vergleich zum April 1997 geringere Befürwortung der deutschen Beteiligung am SFOR-Einsatz mag auch mit der instabilen Lage in Kosovo-Albanien zusammenhängen, was den einen oder anderen veranlassen könnte, der SFOR-Mission insgesamt weniger Erfolgchancen einzuräumen.

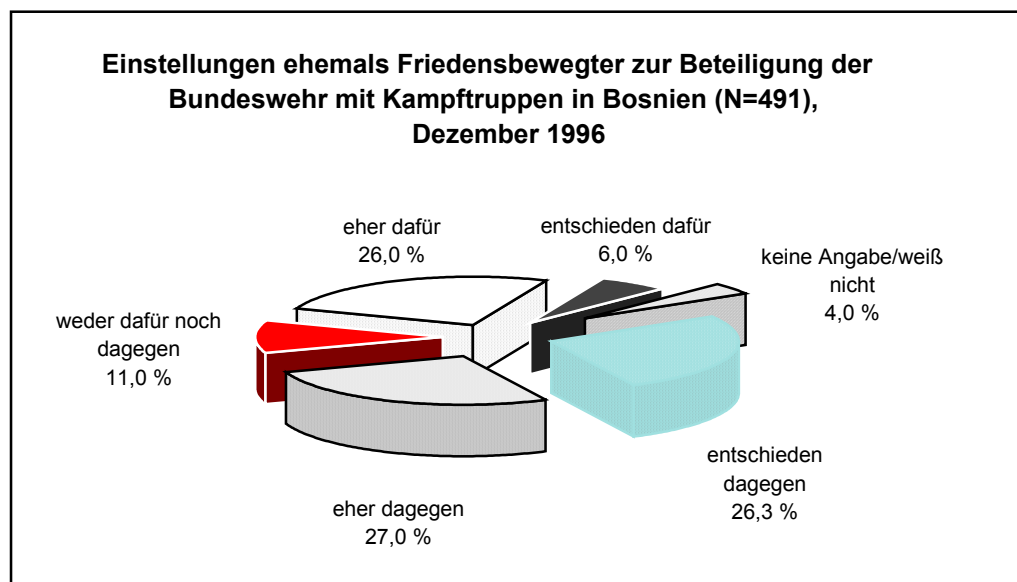
Aus der Bevölkerungsumfrage des SOWI aus dem Jahre 1997³³ geht hervor, daß die Meinungen über internationale militärische Einsätze auseinandergehen: Auf die Frage nach der Einschätzung der „Hilfe friedensschaffender Art durch den Einsatz der Bundeswehr (z. B. Entsendung von Kampftruppen)“ antworteten rund 53 % ablehnend und rund 47 % mit einer positiven Einschätzung.

Eine weitere Frage zeigt weniger die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr auf als vielmehr die Abhängigkeit von Umfrageergebnissen von der Fragestellung bzw. der politischen Begrifflichkeit auf: Nach der Notwendigkeit von unterschiedlichen Aufgaben der Bundeswehr gefragt, antworteten die Befragten folgendermaßen: Rund 56 % der Befragten befürworteten „militärische Kampfeinsätze im Auftrag oder unter Kontrolle der Vereinten Nationen (UNO) oder anderer internationaler Organisationen“, während dies 44 % ablehnen. Aber rund 78 % der Befragten finden, daß „militärische friedenserhaltende Missionen im Auftrag und unter Kontrolle der Vereinten Nationen (UNO) oder anderer internationaler Organisationen“ als Aufgaben von der Bundeswehr übernommen werden sollten, während diese nur von circa 22,2 % abgelehnt werden. Was zeigen diese Zahlen? Die Frage der Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes ist nach wie vor umstritten. Bei der Ablehnung bzw. Befürwortung solcher Einsätze spielt vor allem die Frage eine Rolle, in welcher Mission sich die Bundeswehr an solchen Einsätzen beteiligt. Was auch immer zu „militärischen friedenserhaltenden Missionen“ für den Befragten gehört, sie werden positiv attribuiert und angenommen, auch wenn dazu - wie es der Fakt ist - auch die Teilnahme an Kampfhandlungen gehören kann. „Militärische Kampfeinsätze“ dagegen, werden eher negativ attribuiert, weshalb diese in der gleichen Umfrage mit circa 22 % weniger Zustimmung finden. Doch auch hier: Es gibt eine hohe Akzeptanz mit 56 % unter den Befragten. Die Frage nach den

³³ Diese Bevölkerungsumfrage wurde in der Zeit zwischen 31. Oktober und 12. November 1997 durchgeführt. Die Größe der Stichprobe betrug vor und nach einer iterativen Gewichtung N=2 572. Für diese Umfrage galten die gleichen Bedingungen wie für die Untersuchung 1996, siehe Anm. 30.

„Kampfeinsätzen“ wird Ende 1997 mit dem SFOR-Mandat in Bosnien verbunden und positiv betrachtet, da es dort in der Zeit während des Einsatzes der Bundeswehr nicht zu Kampfhandlungen gekommen ist und in Bosnien bisweilen ein zumindest labiler Friedenszustand vorherrscht. In der Umfrage Ende 1996 allerdings wurde gezielt nach der Beteiligung der Bundeswehr an einem militärischen Einsatz in Bosnien auch mit Kampftruppen gefragt: Die Ablehnung desselben durch 51 % der Befragten war deutlich höher als die 22 % im Herbst 1997. Allerdings ging es im Herbst 1996 in der öffentlichen Diskussion darum, ob die Bundeswehr grundsätzlich auch mit Kampftruppen im Ausland außerhalb der NATO eingesetzt werden kann. Das wurde dann im Dezember 1996 politisch entschieden.

Wie verhält sich nun die Gruppe derer, die in den 80er Jahren in der Friedensbewegung aktiv war bzw. dieser gegenüber eine positive Haltung hatte?



Deren Zahlen sind interessant: Circa 54 % der Befragten (N=491) sprachen sich gegen einen militärischen Einsatz der Bundeswehr mit Kampftruppen aus, während rund 11 % unentschieden waren. Aber immerhin rund 32 % fanden einen solchen Einsatz gut.

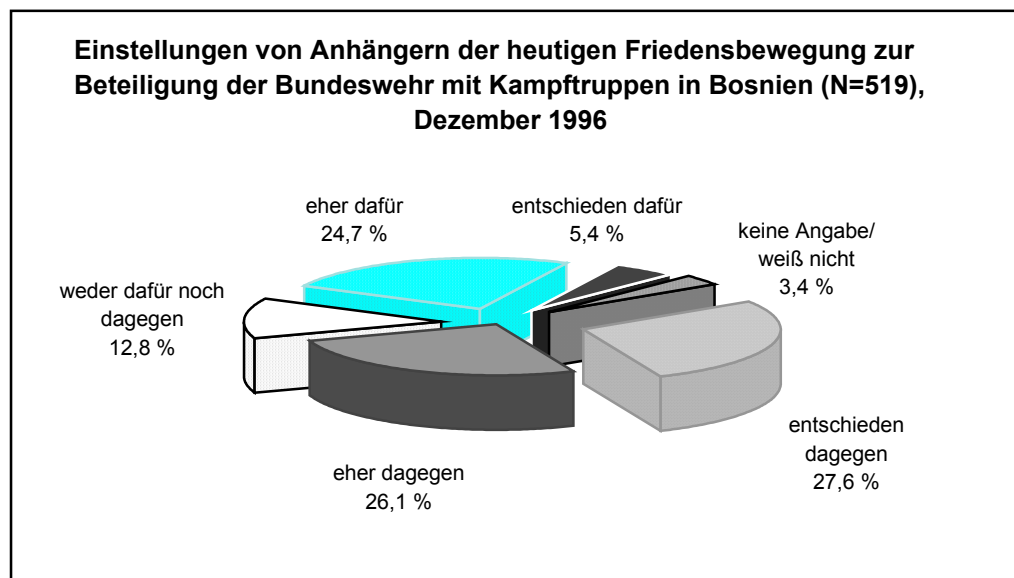
Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (51,4 %) ist in der Gruppe der ehemals Friedensbewegten der Prozentsatz der Gegner eines militärischen Einsatzes mit Kampftruppen in etwa ähnlich, die Unentschiedenen sind hier weniger, weil es sich in der Gruppe nur um die sicherheitspolitisch Interessierten handelt und die Befürworter sind mit rund 32 % zahlreicher als in der Gesamtbevölkerung (24,7 %). Fast 32 % der ehemaligen Anhänger der Friedensbewegung in den 80er Jahren befürworteten also heute die Beteili-

gung der Bundeswehr an militärischen Interventionen, die auch Kampfhandlungen einschließen können.

Im Vergleich dazu wurde die Gruppe derer befragt, die seinerzeit die Ziele der Friedensbewegung abgelehnt und eher die Sicherheitspolitik der Regierung mitgetragen hatte (N=130): Rund 44 % davon lehnten militärische Einsätze mit Kampftruppen ab, rund 20 % waren unentschieden und rund 36 % waren für die Beteiligung der Bundeswehr auch an Einsätzen mit Kampftruppen. Die Befürworter dieser Einsätze sind somit nur um einige Prozent höher als unter den ehemals Friedensbewegten.

Was sagen nun die Personen, die sich in der Friedensbewegung als aktiv bezeichnen bzw. dieser gegenüber positiv eingestellt, aber dort nicht aktiv sind?

Von dieser Gruppe (N=519) lehnten circa 54 % eine Beteiligung der Bundeswehr mit Kampftruppen in Bosnien ab, rund 13 % waren unentschieden, aber rund 30 % befürworteten einen solchen Einsatz. Das ist ähnlich verteilt wie in der Gruppe der Anhänger der Friedensbewegung der 80er Jahre, deren Schwerpunkt der Nuklearpazifismus war. Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß für viele ein friedenspolitisches Engagement heute mit der Befürwortung militärischer Interventionen, die auch Kampfeinsätze einschließen, vereinbar ist.



Unter den Gegnern der heutigen Friedensbewegung (N=96) sprechen sich rund 47 % gegen Einsätze mit Kampftruppen aus, rund 18 % sind unentschieden und rund 35 % sind dafür. Diese Zahlen sind das genaue Pendant zu o. g. Prozenten. Aus der Ablehnung der heutigen Friedensbewegung läßt sich nicht unbedingt auf die Befürwortung militärischer Interventionen schließen.

Weiterhin ist interessant zu sehen, wie die Gruppe derer votiert, die sich in den 80er Jahren für die nukleare Abschreckung ausgesprochen hatte (N=420). Davon sind 46 % gegen Einsätze mit Kampftruppen, rund 14 % sind unentschieden und rund 37 % sprechen sich dafür aus. Diejenigen, die seinerzeit die Strategie der nuklearen Abschreckung für „eine Bedrohung der gesamten Menschheit“ gehalten hatten (N=328), sind mit circa 58 % gegen die Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Interventionen in Bosnien, die auch Kampfeinsätze einschließen können, rund 14 % sind unentschieden und rund 26 % sprechen sich dafür aus. Wie auch im Falle der Einstellungen zum Pazifismus zu zeigen war, sind die Gegner der Einsätze mit Kampftruppen unter den ehemaligen Atom pazifisten höher als unter denjenigen, die seinerzeit die Regierungspolitik der nuklearen Abschreckung vertreten haben wie auch die Anzahl der Befürworter der Einsätze mit Kampftruppen unter den Vertretern der nuklearen Abschreckung höher ist als unter den Nuklear pazifisten. Doch auch hier zeigen die Zahlenverhältnisse folgendes: Aus einer regierungskritischen bzw. eher konservativen sicherheitspolitischen Einstellung, was die Strategie der nuklearen Abschreckung während der 80er Jahre betraf, kann nicht auf die Einstellung zur Art der Friedenssicherung und -erhaltung in den 90er Jahren geschlossen werden.

Fazit: Wie aufgezeigt wurde, haben sich die Einstellungen zur Frage „Frieden schaffen - mit oder ohne Waffen?“ verändert. Für den Anhänger der Friedensbewegung kann heute u. U. auch die militärische Intervention zu einer angemessenen Friedenspolitik gehören, wie auch der Verfechter einer konservativen Sicherheitspolitik vehement militärische Einsätze mit Kampftruppen ablehnen kann.

Was hat zu diesem *Einstellungswandel* geführt? Die Gründe sind vielfältig. An dieser Stelle seien nur einige Gründe genannt, welche die Befragten selbst sehen. Von denen, die sich bereits in den 80er Jahren mit sicherheitspolitischen Fragen befaßt haben

(N=784) und die davon ausgehen, ihre Einstellungen haben sich verändert (N=269), sind rund 61 % der Meinung, daß dies so sei, weil heute veränderte politische Bedingungen vorherrschen, circa 15 % haben gesehen, daß der Grundsatz der Gewaltfreiheit eine Utopie ist, rund 14 % haben die Meinung verändert, weil es heute nicht mehr um den Einsatz nuklearer Waffen geht und für rund 9 % spielen andere Gründe eine Rolle.

Welche Gründe sehen die Befragten für die *Beibehaltung* ihrer Einstellungen? Von gleichbleibenden Grundsätzen gehen insgesamt N=515 Personen aus, die dafür folgende Ursachen sehen: Rund 27 % betrachten nach wie vor militärische Interventionen für ein geeignetes Mittel zur Konfliktregelung, rund 43 % denken, daß militärische Interventionen nach wie vor keine Konflikte lösen können, rund 10 % haben eine pazifistische Grundeinstellung behalten und rund 16 % sehen dafür andere Gründe. Die genannten 46 % und 10 % können als der „harte Kern“ der Pazifisten bezeichnet werden, unter welchen sich auch Fundamentalpazifisten befinden, die jegliche Gewaltanwendung ohne jedes Wenn und Aber ungeachtet der politischen und sozialen Umstände ablehnen. Die Zahlen können nur als Diskussionsgrundlage dienen. Die Gründe dafür müßten in einer vertieften Studie weiter analysiert werden. Als Fazit kann jedoch gelten: Einstellungen haben sich bei vielen verändert und es kann aufgrund dieser Umfrageergebnisse festgestellt werden, daß es keine Kontinuität gibt, die von ehemals pazifistischen Idealen auf die Befürwortung absoluter Gewaltfreiheit heute schließen läßt. Die repräsentativen Bevölkerungsumfrageergebnisse zeigen eine Bestätigung der Beobachtungen in der öffentlichen Diskussion und innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung auf. Die sogenannte Pazifismus-Bellizismus - Debatte unter den linksintellektuellen Opinion-Leaders und den friedenspolitisch engagierten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen hat ihr Pendant im Meinungsbild der Bevölkerung.

5 Resümee

Die kontroverse Diskussion über „Frieden schaffen - mit oder ohne Waffen“, die unter linksintellektuellen Personen des öffentlichen Lebens sowie von Vertretern der Linksparteien geführt wurde, ist keine Spielerei einer kleinen Avantgarde. Auch in der wissenschaftlichen Diskussion wurde eine „Pazifismus-Bellizismus“-Debatte entfacht. Und

in der öffentlichen Meinung zeigt sich, daß sich Einstellungen zur Friedenssicherung mit bzw. ohne Waffen grundlegend verändert haben. Die Meinungen zur militärischen bzw. nicht-militärischen Friedenssicherung und -erhaltung haben sich mit den politischen Rahmenbedingungen gewandelt. Aus einer ehemals pazifistischen Haltung kann nicht auch auf eine solche angesichts der veränderten Konfliktlagen und Kriegsgründe sowie -verläufe in den 90er Jahren geschlossen werden. Ein aktives Engagement in der Friedensbewegung kann heute für den Akteur, die Akteurin auch mit der Befürwortung militärischer Einsätze mit Kampftruppen vereinbar sein. Der ehemalige Verfechter der nuklearen Abschreckung mag sich heute dezidiert gegen militärische Einsätze der Bundeswehr mit Kampftruppen außerhalb des NATO-Gebietes aussprechen und dabei weiterhin eine konservative Meinung über sicherheitspolitische Fragen vertreten. Kurzum: Die Ergebnisse meiner Untersuchung zeigen erneut auf, daß die Verortungen „links-rechts“, „konservativ-liberal“ oder „pazifistisch-bellizistisch“ nicht mehr greifen. Die weltpolitischen Veränderungen waren und sind so fundamental, daß Einstellungen nicht mehr an der reinen Ablehnung bzw. Befürwortung militärischer Interventionen eingeordnet, beurteilt und im politischen Zusammenhang angenommen bzw. verurteilt werden können. Es muß vielmehr eine Prüfung bezüglich des der Debatte zugrundeliegenden Konflikts geschehen - immer wieder neu mit neuen Maßstäben. Eines ist jedenfalls sicher: Angesichts des Krieges in Bosnien haben sich Einstellungen verändert, Bewertungen verschoben und neue Debatten entfacht. Insofern ist Klaus-Jürgen Gantzel Recht zu geben, wenn er sagt: „Die Geschichte hat sich verändert, unser Denken hat sich verändert, unsere Normen haben sich verändert.“ (Klaus-Jürgen Gantzel im Interview am 26. Januar 1994:22)

Wer oder was allerdings den Meinungswandel beeinflußt und vorangetrieben hat, geht aus den Zahlen nicht hervor. Vielmehr stellen sich folgende Fragen für weitere Untersuchungen:

- Sind die Meinungen der Politiker und Linksintellektuellen ein Abbild der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung oder haben diese als Opinion-Leader das Meinungsbild in der Bevölkerung entscheidend geprägt?
- Welche Rolle spielen die Medien und deren Kriegsberichterstattung?
- Welche Rolle spielt der „Katastrophentourismus“ von Politikern, Medienvertretern, Wissenschaftlern oder Anhängern sozialer Bewegungen oder humanitärer

Dienste, die in Kriegsgebiete fahren und zurückgekehrt ihre Eindrücke und Erlebnisse schildern und öffentlich verarbeiten?

6 Literaturverzeichnis

- Albrecht, Ulrich; Nikutta, Randolph: Friedensforscher widersprechen - eine Replik. Stellungnahme des Berghof-Institutes für Friedens- und Konfliktforschung zum „Friedensgutachten 1991“. In: antimilitarismus information, vol. 21(10) 1991, S. 22 - 26.
- Auth, Edgar: Friedensforscher streiten über Deutschlands „Kriegsfähigkeit“. Gutachten enthält gegensätzliche Standpunkte zur Erweiterung des Bundeswehr-Auftrags. Statt Verteidigung unklare Begriffe. In: Frankfurter Rundschau, 9. Juli 1992, S. 16.
- Auth, Edgar: Für deutsche Blauhelme. In: Frankfurter Rundschau, 31. August 1991, S. 5.
- Biermann, Wolfgang: Kriegshetze. Friedenshetze. In: DIE ZEIT, 1. Februar 1991, S. 59 - 61.
- Brock, Lothar: Auch Prinzipientreue verbietet einen Waffenstillstand nicht. In: Frankfurter Rundschau, 18. Februar 1991.
- Bündnis 90/Die Grünen: Abschied von der Gewaltfreiheit? In: antimilitarismus information, vol. 23(7 - 8) 1993, S. 20 - 22.
- Buro, Andreas: Was macht eigentlich die Friedensbewegung für Jugoslawien? In: Friedensforum, Themenheft „Jugoslawien“, Heft 1/1992, S. 26f.
- Ebert, Theodor: Friedensbewegung und Friedensforschung - Historische und aktuelle Wechselwirkung. In: Ebert, Theodor; Senghaas, Dieter; Zellentin, Gerda (Red.): Friedensforschung und politische Praxis. AFK Jahrbuch, Band II, Düsseldorf 1972, S. 156 - 172
- Fischer, Joschka: „Wir müssen für den militärischen Schutz der UN-Zonen sein.“ Was die Eskalation der Gewalt im Bosnien-Krieg für Bündnis 90/Die Grünen bedeutet. In: Frankfurter Rundschau, 2. August 1995, S. 10.
- Fischer, Martina: Vom Umgang der Friedensforschung mit der Krise und dem Krieg im Golf. In: antimilitarismus information, vol. 21(3) 1991, S. 25 - 30.
- Friedensgutachten 1989 (herausgegeben von: FEST/HSFK/IFSH), Hamburg 1989.
- Friedensgutachten 1991 (herausgegeben von: FEST/HSFK/IFSH), Münster 1991.
- Friedensgutachten 1992 (herausgegeben von: FEST/HSFK/IFSH), Münster 1992.
- Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt am Main 1997.
- Habermas, Jürgen: Wider die Logik des Krieges. Ein Plädoyer für Zurückhaltung, aber nicht für Israel. In: DIE ZEIT, 15. Februar 1991, S. 40.

- Halberstadt, Heiner: Wie denkst Du Dir das denn nun, lieber Joschka Fischer? In: Frankfurter Rundschau, 25. August 1995.
- Jansen, Mechtild: Perspektiven der Friedensbewegung. Berührungs- und Reibungsflächen mit der Friedensforschung. In: Wasmuht, Ulrike C. (Hrsg.): Friedensforschung. Eine Handlungsorientierung zwischen Politik und Wissenschaft, Darmstadt 1991, S. 284 - 296.
- Kleinert, Hubert: Die Arbeitsteilung wird die Welt auf Dauer nicht akzeptieren. Die Deutschen kümmern sich um die Moral, die anderen um deren unangenehme Konsequenzen. In: Frankfurter Rundschau, 9. September 1995, S. 14.
- Koppe, Karlheinz: Friedensforschung zum Krieg am Golf. In: AFB-Info, Nr. 1/1991, S. 1 - 4.
- Koppe, Karlheinz: Pazifismus im Zeichen neuer Gewalt. Zehn Thesen. In: Dominikowski, Thomas; Mehl, Regine (Hrsg.): Dem Humanismus verpflichtet. Zur Aktualität pazifistischen Engagements, Münster 1994, S. 14 - 16.
- Kostede, Norbert: Hoffen auf die heile Welt. Die Friedensbewegung reagiert ratlos auf die irakische Aggression. In: DIE ZEIT, 19. Oktober 1990, S. 6.
- Krell, Gert: Auch Pazifisten müssen streiten können. Ein Brief an Karlheinz Koppe. In: Dominikowski, Thomas; Mehl, Regine (Hrsg.): Dem Humanismus verpflichtet. Zur Aktualität pazifistischen Engagements, Münster 1994a, S. 103 - 109.
- Krell, Gert: Gegenrede zum Streit über und im Pazifismus. In: Links, Nr. 5/1993a, S. 10f.
- Krell, Gert: Warum ich (k)ein Pazifist bin. In: Links, Nr. 4/1993b, S. 15f.
- Krell, Gert: Warum ich (k)ein Pazifist bin. Ein Beitrag zur Debatte über Friedenssicherung nach dem Ost-West-Konflikt. In: AFK-Rundbrief, Nr. 3/1992, S. 40 - 51.
- Krell, Gert: Wie der Gewalt widerstehen? Die Frage legitimer Gegengewalt als ethisches und politisches Problem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B2/14. Januar 1994b, S. 29 - 36.
- Krippendorff, Ekkehart: Militärkritik, Frankfurt am Main 1993.
- Krippendorff, Ekkehart: Pazifismus - Bellizismus. Ein Essay. In: Birckenbach, Hanne-Margret; Jäger, Uli; Wellmann, Christian (Hrsg.): Jahrbuch Frieden 1993. Konflikte, Abrüstung, Friedensarbeit, München 1992, S. 28 - 40.
- Krippendorff, Ekkehart: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt am Main 1985.
- Massarat, Mohssen: Die bosnische Sackgasse und der Sieg herkömmlicher Politikmuster. In: Frankfurter Rundschau, 10. August 1995, S. 11.

- Müller, Harald: Wider den Eskapismus. Zur Debatte über militärische Friedenssicherung. In: Friedensgutachten 1992, S. 31 - 38.
- Müller, Harald; Vogt, Wolfgang R.: Ein ziemlich verfahrenes Verfahren. „Out of area“ zwischen Bonn, Karlsruhe und New York. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, vol. 38(5) 1993, S. 536 - 552.
- Mutz, Reinhard; Müller, Harald: Die zwei Gesichter militärischer Gewalt. Waffen vernichten und Waffen verhüten Kriege. Kontroverse Standpunkte der Friedensforscher zur künftigen Rolle der Bundeswehr. In: Frankfurter Rundschau, 9. Juli 1992, S. 16.
- Narr, Wolf-Dieter: Zum Scheinrealismus und zur Scheinmoral mancher Friedensforscher. In: Links, Nr. 4/1993, S. 17 - 18.
- Negt, Oskar: Das moralische Dilemma des Golf-Krieges. Ein Plädoyer für den absoluten Vorrang der Friedenslogik vor der Militär- und Kriegslogik. In: Frankfurter Rundschau, 23. Februar 1991, S. 6.
- Nikutta, Randolph: Demokratien und Intervention - Die Politik der NATO-Mitgliedsstaaten im Problembereich „Out-of-Area“, Doktorarbeit am Fachbereich für Politische Wissenschaft der FU Berlin (unveröffentlichtes Manuskript), Berlin 1992.
- Rudat, Reinhard: Bundesbürger zum deutschen IFOR-Beitrag. In: Information für die Truppe, Heft 4/1996, S. 38f.
- Schlotter, Peter: Jenseits von Nuklearpazifismus und Antiamerikanismus - Zur Außenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen. In: HSFK-Standpunkte, Nr. 5/1997.
- Senghaas, Dieter: In welchen Fällen eine militärische Intervention legitim ist. Entwurf eines abgestuften Handlungskataloges zur Milderung und Beendigung von Kriegen. In: Frankfurter Rundschau, 14. April 1993a, S. 24.
- Senghaas, Dieter: Wie die Gewaltfreiheit den Aggressor begünstigt. Lehren aus den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Juli 1993 b, S. 7.
- Senghaas, Dieter: Metanoeite. Der Pazifismus und das leere Loch. In: Dominikowski, Thomas; Mehl, Regine (Hrsg.): Dem Humanismus verpflichtet. Zur Aktualität pazifistischen Engagements, Münster 1994, S. 17 - 27.
- Thomas, Caroline; Nikutta, Randolph: Anything goes. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 12.07.1994. Ein Kommentar. In: Wissenschaft und Frieden, vol. 12(3) 1994, S. 54f.
- Tönnies, Sibylle: Pazifismus passé? Eine Polemik, Hamburg 1997.

- Wasmuht, Ulrike C.: Das Kriegsjahr 1991: Massenprotest, aber (noch) keine Wiederbelebung der Friedensbewegung. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Das Kriegsjahr 1991: Unsere Zukunft? Friedensbericht 1992, Wien 1992.
- Wasmuht, Ulrike C.: Zehn wissenssoziologische Thesen zum Verhältnis zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung. In: Alfs, Michael; Dominikowski, Thomas u. a. (Hrsg.): Arbeit am verlorenen Frieden, Münster 1993, S. 127 - 141.
- Wasmuht, Ulrike C.: „Frieden schaffen, mit Waffen?“ Zur Uneindeutigkeit der Bellizismus-, Belli-Pazifismus- und Pazifismusdebatte. In: AFK-Rundbrief, Mai 1997, S. 7 - 20.
- Wasmuht, Ulrike C.: Geschichte der Friedensforschung in Deutschland. Entwicklung - Selbstverständnis - Politischer Kontext, Münster 1998.
- Weber, Max: Politik als Beruf (1919), Berlin 1982.
- Vogt, Wolfgang R.: Militärlogik gegen Zivillogik: Sind Kriege abschaffbar? In: Birckenbach, Hanne-Margret; Jäger, Uli; Wellmann, Christian (Hrsg.): Jahrbuch Frieden 1992. Konflikte, Abrüstung, Friedensarbeit, München 1991, S. 39 - 52.
- Volmer, Ludger: Wenn grüne Kämpfer den Griff zur Waffe fordern. Von der politischen Kunst, die neue Barbarei ohne Militarismus zu überwinden. In: Frankfurter Rundschau, 28. September 1995, S. 7.
- Zotta, Franco: Warum wirft Joschka Fischer wegen des Krieges in Bosnien seinen Pazifismus über Bord? Es geht um die „moralische Seele“. In: DIE ZEIT, 11. August 1995, S. 8.